



Konjunkturbericht

Die wirtschaftliche Entwicklung
im Frühsommer 2014

Jahrgang 65 (2014) Heft 2

Impressum

Vorstand des RWI

Prof. Dr. Christoph M. Schmidt (Präsident)

Prof. Dr. Thomas K. Bauer (Vizepräsident)

Prof. Dr. Wim Kösters

Verwaltungsrat

Dr. Eberhard Heinke (Vorsitzender);

Manfred Breuer; Reinhold Schulte (Stellv. Vorsitzende);

Dr. Hans Georg Fabritius; Prof. Dr. Justus Haucap; Hans Jürgen Kerckhoff;

Dr. Thomas Köster; Dr. Thomas A. Lange; Martin Lehmann-Stanislawski;

Dr.-Ing. Herbert Lütkestratkötter; Hans Martz; Andreas Meyer-Lauber;

Hermann Rappen; Reinhard Schulz; Dr. Michael H. Wappelhorst

Forschungsbeirat

Prof. Michael C. Burda, Ph.D.; Prof. Dr. Monika Büttler; Prof. Dr. Lars P. Feld;

Prof. Dr. Stefan Felder; Prof. Nicola Fuchs-Schündeln, Ph.D.; Prof. Timo Goeschl,

Ph.D.; Prof. Dr. Justus Haucap; Prof. Dr. Kai Konrad; Prof. Dr. Wolfgang Leininger;

Prof. Dr. Nadine Riedel; Prof. Regina T. Riphahn, Ph.D.

Ehrenmitglieder des RWI

Heinrich Frommknecht; Prof. Dr. Paul Klemmer †; Dr. Dietmar Kuhnt

RWI Konjunkturberichte

Herausgeber:

Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung

Hohenzollernstraße 1-3, 45128 Essen, Tel. 0201-8149-0

Alle Rechte vorbehalten. Essen 2014

Schriftleitung:

Prof. Dr. Christoph M. Schmidt

Redaktionelle Bearbeitung:

Katharina Brach, Sabine Weiler

Konzeption und Gestaltung:

Julica Marie Bracht, Daniela Schwindt

ISSN 1861-6305 (online)

Konjunkturberichte

**Die wirtschaftliche Entwicklung
im Frühsommer 2014**

Jahrgang 65 (2014)
Heft 2



Mitglied der



Das RWI wird vom Bund und vom Land Nordrhein-Westfalen gefördert.

Aufschwung in Deutschland auf breiter Basis

Von Roland Döhrn, György Barabas, Angela Fuest, Heinz Gebhardt,
Philipp an de Meu-len, Svetlana Rujin, Torsten Schmidt und Lina Zwick..... 5

Die Lage am Stahlmarkt – Belebung mit wenig Schwung

Von Roland Döhrn15

Umsatzsteuerreform – eine Frage der politischen Zielsetzung

Von Philipp Breidenbach und Tanja Kasten..... 23

Die konjunkturelle Entwicklung im Handwerk 2013

Von Wolfgang Dürig..... 35

Inhalt

Roland Döhrn, György Barabas, Angela Fuest, Heinz Gebhardt, Philipp an de Meulen, Svetlana Rujin, Torsten Schmidt und Lina Zwick

Aufschwung in Deutschland auf breiter Basis¹

Zusammenfassung: Das Expansionstempo der deutschen Wirtschaft wird sich nach einer leichten Verringerung im Frühjahr allmählich wieder erhöhen. Der Aufschwung wird dabei weiterhin von der Binnennachfrage getragen. So dürfte die private Konsumnachfrage kräftig ausgeweitet werden, da zu erwarten ist, dass sich der Anstieg der verfügbaren Einkommen angesichts der günstigen Beschäftigungsentwicklung und der kräftigen Leistungsausweitungen in der gesetzlichen Rentenversicherung beschleunigt. Die Einführung eines flächendeckenden Mindestlohnes im Jahr 2015 dürfte das Beschäftigungswachstum aber dämpfen. Auch die Investitionstätigkeit dürfte sich weiter beleben. Insbesondere der Wohnungsbau profitiert von der positiven Arbeitsmarkt- und Reallohnentwicklung sowie den niedrigen Hypothekenzinsen. Die Finanzpolitik bleibt im Prognosezeitraum leicht expansiv ausgerichtet. Lediglich der Außenhandel dürfte erst im kommenden Jahr wieder positiv zum Wachstum beitragen. Alles in allem dürfte das BIP in diesem Jahr um 2,0% und im kommenden Jahr um 2,2% steigen.

Abstract: After a moderate slowdown in spring 2014, the growth rate of the German economy is expected to gradually accelerate later this year. The ongoing economic upswing will thereby be mainly driven by the domestic demand. The anticipated speedy increase of disposable incomes arising from the improving employment performance and a substantial expansion of the statutory pension insurance services is likely to give a strong boost to the private consumption this year. However, it is assumed that the employment growth will be curbed by the implementation of the statutory nationwide minimum wage in 2015. Furthermore, investment is also expected to rise considerably. In particular, the housing construction will benefit from the favorable situation on the labour market, the positive trend in real wages, and the historically low mortgage rates. The fiscal policy stance will remain slightly expansionary over the forecast horizon. Nevertheless, foreign trade is expected to make a positive contribution to economic growth starting from the next year. In sum, the GDP is projected to grow by 2,0% in 2014 and by 2,2% in the coming year.

¹ Abgeschlossen am 16.6.2014. Kritische Anmerkungen zu früheren Fassungen gaben Katharina Brach, Wim Kösters und Sabine Weiler. Für technische Unterstützung danken wir Waltraud Lutze.

Deutsche Konjunktur im Frühsommer 2014

Zu Beginn dieses Jahres wurde die Produktion in Deutschland kräftig ausgeweitet. Entsprechend dem üblichen Muster, wonach die Frühjahrsbelegung nach einem milden Winter nur wenig Dynamik entwickelt, zeichnet sich für das laufende Quartal eine Abschwächung des Produktionszuwachses ab. Nach der auf einer Vielzahl von Indikatoren basierenden Schätzung mit dem Kurzfristmodell des RWI dürfte das saisonbereinigte reale BIP im zweiten Quartal um 0,4% gegenüber dem Vorquartal ansteigen.

Im weiteren Prognosezeitraum dürfte sich das Expansionstempo der deutschen Wirtschaft nur allmählich wieder erhöhen (Schaubild 1). Ein Grund dafür ist, dass vom Außenhandel – dem traditionellen Motor der deutschen Wirtschaft – nur geringe Impulse zu erwarten sind. So wurden die deutschen Exporte im ersten Quartal lediglich um 0,2% ausgeweitet und dürften im weiteren Verlauf des Jahres aufgrund des schwachen Welthandels nur langsam steigen. Zudem dürfte der anhaltende Konflikt in der Ukraine die Exporte weiterhin belasten. Im kommenden Jahr dürften sie mit der zunehmenden Belegung im Euroraum aber wieder kräftiger ausgeweitet werden.

Der Aufschwung in Deutschland wird weiterhin wesentlich von der Binnennachfrage getragen. Dabei dürfte sich der private Konsum nach der kräftigen Ausweitung zu Jahresbeginn wie durch den RWI-Konsumindikator angezeigt zunächst abschwächen. Im weiteren Prognosezeitraum dürfte die private Konsumnachfrage aber stärker zunehmen. Dies ist vor allem zu erwarten, weil die verfügbaren Einkommen angesichts der günstigen Beschäftigungsentwicklung und der kräftigen Leistungsausweitungen in der gesetzlichen Rentenversicherung wohl beschleunigt expandieren werden. Die Einführung eines flächendeckenden Mindestlohnes im Jahr 2015 dürfte zwar das Beschäftigungswachstum abschwächen und den Anstieg der Gewinneinkommen dämpfen, die Brutto- und Nettolohneinkommen der privaten Haushalte werden aber wohl weiter zulegen.

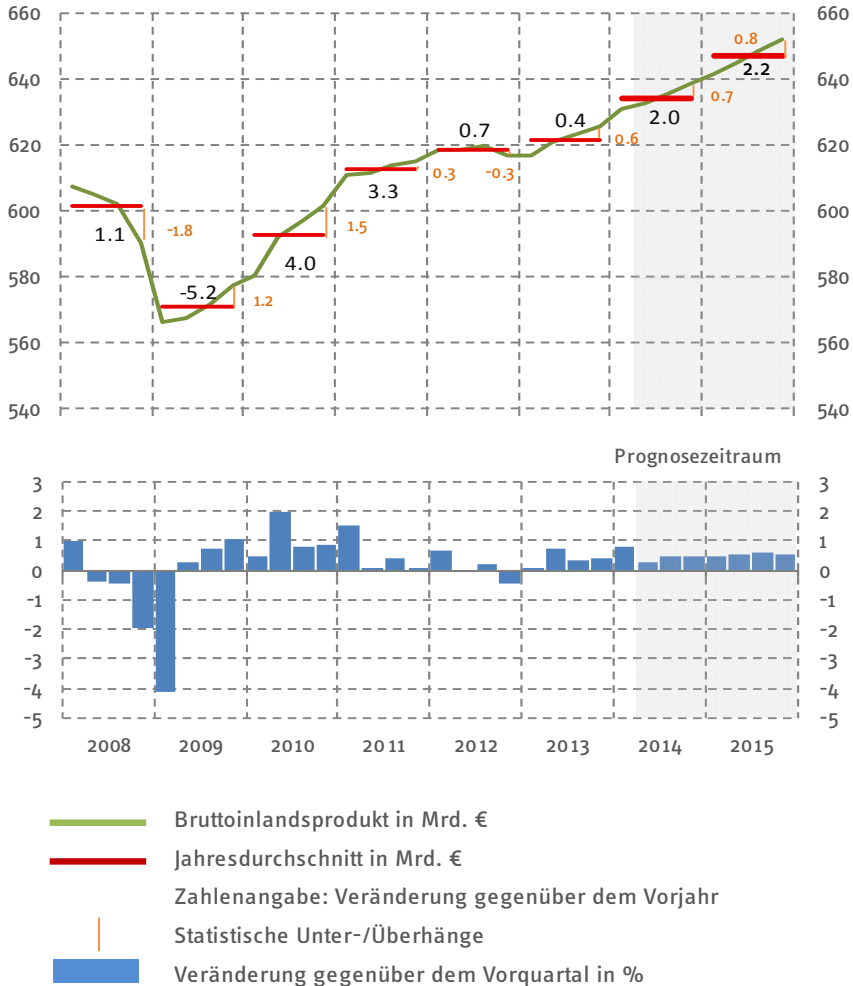
Die aufgrund des milden Winters kräftig gestiegenen Bauinvestitionen lassen einen Rückgang der Bautätigkeit im zweiten Quartal erwarten. In der Grundtendenz bleibt die Baukonjunktur aber günstig. Insbesondere der Wohnungsbau dürfte weiterhin von der positiven Arbeitsmarkt- und Reallohnentwicklung sowie den niedrigen Hypothekenzinsen profitieren. Angesichts der hohen Nachfrage nach Immobilien steigen deren Preise wohl weiter kräftig. Der Wirtschaftsbau und die Ausrüstungsinvestitionen werden angesichts der zunehmenden Kapazitätsauslastung und günstigeren Finanzierungsbedingungen deutlich ausgeweitet. Auch die Belegung der Auslandsnachfrage dürfte die Investitionstätigkeit anregen. Alles in allem dürfte das BIP daher in diesem Jahr um 2,0% und im kommenden Jahr um 2,2% steigen.

RWI Konjunkturbericht 65 (2)

Schaubild 1

Bruttoinlandsprodukt in Deutschland

2008 bis 2015; real; Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf



Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes.

Deutsche Konjunktur im Frühsommer 2014

Tabelle 1

Eckwerte der RWI-Konjunkturprognose vom Juni 2014

2013 bis 2015, Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %

	2013	2014 ⁵	2015 ⁵
Bruttoinlandsprodukt ¹	0,4	2,0	2,2
Verwendung ¹			
Konsumausgaben	0,8	1,3	1,8
Private Haushalte ²	0,9	1,5	2,0
Staat	0,4	0,8	1,0
Anlageinvestitionen	-0,8	4,9	4,5
Ausrüstungen	-2,4	6,0	7,8
Bauten	-0,2	4,4	2,5
Sonstige Anlagen	3,0	3,1	4,3
Vorratsveränderung (Wachstumsbeitrag)	0,1	0,3	-0,1
Inlandsnachfrage	0,7	2,3	2,1
Außenbeitrag (Wachstumsbeitrag)	-0,2	-0,1	0,2
Ausfuhr	0,9	4,5	6,2
Einfuhr	1,5	5,4	6,6
Erwerbstätige ³ , in 1000	41.847	42.185	42.325
Arbeitslose ⁴ , in 1000	2.950	2.880	2.905
Arbeitslosenquote ⁵ , in %	6,9	6,7	6,7
Verbraucherpreise ⁶	1,5	1,2	1,7
Lohnstückkosten ⁷	2,1	1,2	1,4
Finanzierungssaldo des Staates ⁸			
in Mrd.€	5,2	10	17
in % des nominalen BIP	0,2	0,4	0,6
Leistungsbilanzsaldo ⁹			
in Mrd.€	206	212	225
in % des nominalen BIP	7,5	7,5	7,6

Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes, der Deutschen Bundesbank und der Bundesagentur für Arbeit. - ¹Preisbereinigt. - ²Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. - ³Im Inland. - ⁴Nationale Abgrenzung. - ⁵In der Abgrenzung der Bundesagentur für Arbeit (Bezogen auf inländische Erwerbspersonen). - ⁶Verbraucherpreisindex. - ⁷Arbeitnehmerentgelte je Beschäftigten bezogen auf das reale BIP je Erwerbstätigen. - ⁸In der Abgrenzung der VGR. - ⁹In der Abgrenzung der Zahlungsbilanzstatistik. - ⁵Eigene Schätzung.

Die Finanzpolitik bleibt im Prognosezeitraum leicht expansiv ausgerichtet. Dies ist neben den von der Bundesregierung beschlossenen Mehrausgaben für Kindertagesstätten, Schulen, Hochschulen und Verkehrsinfrastruktur vor allem auf die Leis-

tungsausweitungen im Bereich der Rentenversicherung zurückzuführen (Döhrn et al. 2014: 65ff. und 80ff.). Aufgrund der aus der guten Konjunktur resultierenden Einnahmesteigerungen, der Mehreinnahmen aus der kalten Progression und der Entlastungen beim Schuldendienst in Folge des ausgesprochen niedrigen Zinsniveaus wird sich die Finanzlage des Staates aber weiter verbessern. Der staatliche Budgetüberschuss dürfte im laufenden Jahr von 5 auf 10 Mrd. Euro steigen (0,2% bzw. 0,4% in Relation zum nominalen BIP); im kommenden Jahr ist mit einem Anstieg auf knapp 17 Mrd. Euro (0,6% des BIP) zu rechnen (Tabelle 1).

Auf dem Arbeitsmarkt dürfte sich die Lage im Verlauf dieses Jahres verbessern, auch wenn der Frühjahrsaufschwung schwächer ausfallen wird. Die Zahl der Erwerbstätigen dürfte sich weiter erhöhen. Allerdings wird der Anstieg zum großen Teil aus Wanderungsgewinnen und der stillen Reserve gespeist, so dass die Zahl der Arbeitslosen weniger stark sinkt. Der Abbau der Arbeitslosigkeit dürfte sich dabei im Jahresverlauf verlangsamen. Für 2015 wird die Einführung eines flächendeckenden Mindestlohns den Aufschwung auf dem Arbeitsmarkt dämpfen. Es dürfte insbesondere zu einem Abbau von Arbeitsplätzen im Bereich der geringfügigen Beschäftigung kommen. Insgesamt wird daher der Anstieg des Arbeitsvolumens und der Erwerbstätigkeit wohl geringer ausfallen als 2014. Die Arbeitslosenquote wird voraussichtlich in diesem und im nächsten Jahr jeweils bei 6,7% liegen.

Angesichts der insgesamt weiter günstigen Perspektiven am Arbeitsmarkt dürften die Lohnzuwächse weiter hoch bleiben. Bestehende Tarifverträge und aktuelle Tarifrunden deuten auf eine kräftige Zunahme der Tariflöhne hin. Die Effektivlöhne dürfen in 2014 etwas weniger stark zunehmen. Die Einführung eines flächendeckenden Mindestlohns in 2015 wird die Effektivlöhne insgesamt stärker steigen lassen und zugleich die Arbeitskosten deutlich erhöhen.

Der verstärkte Lohnanstieg dürfte sich in Verbindung mit der steigenden gesamtwirtschaftlichen Kapazitätsauslastung in höheren Inflationsraten niederschlagen. Da sich die Teuerung im Mai mit 0,9% aber auf einem sehr niedrigen Niveau befindet, dürfte diese Beschleunigung des Preisauftriebs im Einklang mit dem Stabilitätsziel im Euro-Raum stehen. Mittelfristig bestehen aber nicht zuletzt durch die erneute Zinssenkung der EZB und die Ankündigung weiterer expansiver Maßnahmen erhebliche Risiken für die Preisniveaustabilität nicht nur in Deutschland.

Literatur

Döhrn et al. (2014), Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland: Aufschwung bleibt moderat. RWI Konjunkturberichte 65 (1): 37-94.

Deutsche Konjunktur im Frühsommer 2014

Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2014 und 2015

	2013	2014	2015	2014		2015	
				1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.

1. Entstehung des Inlandsprodukts

Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Erwerbstätige	0,6	0,8	0,3	0,9	0,7	0,4	0,3
Arbeitsvolumen	0,1	0,6	0,4	1,3	-0,1	-0,3	1,0
Arbeitszeit je Erwerbstätigen	-0,4	-0,2	0,0	0,4	-0,8	-0,7	0,7
Produktivität ¹	0,3	1,4	1,9	0,7	2,2	2,2	1,6
Bruttoinlandsprodukt, preisbereinigt	0,4	2,0	2,2	2,0	2,1	1,9	2,5

2. Verwendung des Inlandsprodukts in jeweiligen Preisen

a) Mrd.EUR

Konsumausgaben	2 104,5	2 168,1	2 247,5	1 052,4	1 115,7	1 090,9	1 156,6
Private Haushalte ²	1 573,1	1 619,7	1 678,8	786,0	833,7	814,8	864,0
Staat	531,4	548,4	568,8	266,4	282,0	276,2	292,6
Anlageinvestitionen	471,4	499,8	529,4	235,6	264,2	247,9	281,5
Ausrüstungen	170,9	181,3	196,2	85,2	96,1	91,3	105,0
Bauten	270,6	287,8	301,3	135,7	152,0	141,3	160,0
Sonstige Anlageinvestitionen	30,0	30,8	31,9	14,7	16,1	15,3	16,6
Vorratsveränderung ³	-6,1	1,4	-2,3	11,1	-9,7	6,8	-9,1
Inländische Verwendung	2 569,8	2 669,3	2 774,6	1 299,1	1 370,3	1 345,6	1 429,0
Außenbeitrag	167,8	174,9	185,4	88,5	86,4	95,4	90,0
Exporte	1 387,2	1 440,0	1 539,9	707,0	733,0	750,0	789,9
Importe	1 219,4	1 265,1	1 354,4	618,5	646,6	654,6	699,9
Bruttoinlandsprodukt	2 737,6	2 844,3	2 960,0	1 387,6	1 456,7	1 441,0	1 519,0

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Konsumausgaben	2,7	3,0	3,7	2,9	3,2	3,7	3,7
Private Haushalte ²	2,6	3,0	3,6	2,8	3,1	3,7	3,6
Staat	3,3	3,2	3,7	3,2	3,2	3,7	3,8
Anlageinvestitionen	0,2	6,0	5,9	6,5	5,6	5,2	6,6
Ausrüstungen	-2,4	6,1	8,2	5,0	7,0	7,2	9,2
Bauten	1,7	6,4	4,7	7,8	5,1	4,1	5,2
Sonstige Anlageinvestitionen	2,1	2,7	3,5	2,7	2,7	3,8	3,2
Inländische Verwendung	2,4	3,9	3,9	3,9	3,8	3,6	4,3
Exporte	0,4	3,8	6,9	3,1	4,5	6,1	7,8
Importe	-0,3	3,7	7,1	3,1	4,4	5,8	8,2
Bruttoinlandsprodukt	2,7	3,9	4,1	3,9	3,9	3,8	4,3

3. Verwendung des Inlandsprodukts, verkettete Volumenangaben (Referenzjahr 2005)

a) Mrd. EUR

Konsumausgaben	1 875,7	1 900,6	1 934,3	929,3	971,3	945,5	988,8
Private Haushalte ²	1 405,1	1 426,6	1 455,7	694,7	731,9	708,7	747,0
Staat	470,6	474,1	478,7	234,6	239,5	236,8	241,9
Anlageinvestitionen	427,7	448,7	469,1	211,3	237,4	218,9	250,2
Ausrüstungen	172,3	182,7	197,0	85,0	97,7	90,8	106,2
Bauten	220,0	229,7	235,5	109,0	120,7	110,6	124,8
Sonstige Anlageinvestitionen	33,6	34,7	36,1	16,4	18,3	17,1	19,0
Inländische Verwendung	2 304,7	2 357,7	2 408,1	1 157,8	1 199,9	1 177,6	1 230,5
Exporte	1 301,4	1 359,6	1 444,4	667,4	692,2	705,1	739,3
Importe	1 123,3	1 183,4	1 261,2	577,4	606,1	610,2	651,0
Bruttoinlandsprodukt	2 482,4	2 533,0	2 589,8	1 247,3	1 285,7	1 271,6	1 318,3

RWI Konjunkturbericht 65 (2)

noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2014 und 2015

	2013	2014	2015	2014		2015	
				1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr							
Konsumausgaben	0,8	1,3	1,8	1,2	1,5	1,7	1,8
Private Haushalte ²	0,9	1,5	2,0	1,3	1,7	2,0	2,1
Staat	0,4	0,8	1,0	0,7	0,8	0,9	1,0
Anlageinvestitionen	- 0,8	4,9	4,5	5,4	4,5	3,6	5,4
Ausrüstungen	- 2,4	6,0	7,8	4,8	7,1	6,8	8,7
Bauten	- 0,2	4,4	2,5	5,9	3,1	1,5	3,4
Sonstige Anlageinvestitionen	3,0	3,1	4,3	3,3	2,9	4,6	4,0
Inländische Verwendung	0,7	2,3	2,1	2,4	2,2	1,7	2,6
Exporte	0,9	4,5	6,2	4,0	4,9	5,7	6,8
Importe	1,5	5,4	6,6	5,2	5,5	5,7	7,4
Bruttoinlandsprodukt	0,4	2,0	2,2	2,0	2,1	1,9	2,5

4. Preisniveau der Verwendungsseite des Inlandsprodukts (2005=100)

Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Private Konsumausgaben ²	1,6	1,4	1,6	1,4	1,4	1,6	1,5
Konsumausgaben des Staates	2,9	2,4	2,7	2,5	2,4	2,7	2,7
Anlageinvestitionen	1,0	1,1	1,3	1,1	1,1	1,5	1,1
Ausrüstungen	0,0	0,1	0,4	0,2	- 0,1	0,3	0,5
Bauten	1,9	1,9	2,1	1,8	2,0	2,5	1,8
Exporte	- 0,5	- 0,6	0,7	- 0,9	- 0,4	0,4	0,9
Importe	- 1,8	- 1,5	0,5	- 2,0	- 1,1	0,1	0,8
Bruttoinlandsprodukt	2,2	1,8	1,8	1,9	1,8	1,9	1,7

5. Einkommensentstehung und -verteilung

a) Mrd.EUR

Primäreinkommen der privaten HH ²	2 027,8	2 091,4	2 163,7	1 026,9	1 064,5	1 058,5	1 105,2
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	255,5	263,5	273,8	127,4	136,1	132,0	141,9
Bruttolöhne und -gehälter	1 161,2	1 201,8	1 246,1	573,3	628,5	593,1	652,9
Übrige Primäreinkommen ⁴	611,2	626,1	643,8	326,2	299,9	333,4	310,4
Primäreinkommen der übr. Sektoren	377,1	409,6	444,1	180,6	229,0	197,5	246,6
Nettonationaleink. (Primäreink.)	2 404,9	2 501,0	2 607,8	1 207,6	1 293,4	1 256,0	1 351,7
Abschreibungen	408,9	418,5	430,7	208,3	210,2	214,3	216,3
Bruttonationaleinkommen	2 813,8	2 919,5	3 038,4	1 415,8	1 503,7	1 470,3	1 568,1
nachrichtlich:							
Volkseinkommen	2 127,9	2 217,0	2 315,4	1 068,4	1 148,5	1 113,1	1 202,3
Unternehmens- und Vermögenseink.	711,3	751,7	795,5	367,7	384,0	388,0	407,5
Arbeitnehmerentgelt	1 416,7	1 465,3	1 519,9	700,8	764,5	725,1	794,8

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Primäreinkommen der privaten HH. ²	2,6	3,1	3,5	3,4	2,9	3,1	3,8
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	1,8	3,2	3,9	3,0	3,3	3,6	4,3
Bruttolöhne und -gehälter	3,1	3,5	3,7	3,6	3,4	3,5	3,9
Bruttolöhne und -gehälter je Besch.	2,2	2,5	3,3	2,5	2,5	3,0	3,6
Übrige Primäreinkommen ⁴	2,1	2,4	2,8	3,3	1,6	2,2	3,5
Primäreinkommen der übr. Sektoren	7,2	8,6	8,4	6,6	10,3	9,4	7,7
Nettonationaleink. (Primäreink.)	3,3	4,0	4,3	3,9	4,1	4,0	4,5
Abschreibungen	1,7	2,4	2,9	1,9	2,8	2,9	2,9
Bruttonationaleinkommen	3,1	3,8	4,1	3,6	3,9	3,8	4,3
nachrichtlich:							
Volkseinkommen	3,6	4,2	4,4	4,2	4,2	4,2	4,7
Unternehmens- und Vermögenseink.	5,1	5,7	5,8	5,5	5,8	5,5	6,1
Arbeitnehmerentgelt	2,8	3,4	3,7	3,5	3,4	3,5	4,0

Deutsche Konjunktur im Frühsommer 2014

noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Deutschland
Vorausschätzung für die Jahre 2014 und 2015

	2013	2014	2015	2014		2015	
				1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.

6. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte ²

a) Mrd.EUR

Masseneinkommen	1 170,7	1 204,7	1 251,3	576,9	627,8	601,4	650,0
Nettolöhne und -gehälter	773,2	796,3	821,7	376,4	419,9	387,7	434,0
Monetäre Sozialleistungen	489,5	501,0	519,5	246,7	254,3	258,6	260,9
abz. Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	92,0	92,6	89,9	46,1	46,5	44,9	44,9
Übrige Primäreinkommen ⁴	611,2	626,1	643,8	326,2	299,9	333,4	310,4
Sonstige Transfers (Saldo) ⁵	- 64,5	- 62,5	- 62,1	- 31,3	- 31,1	- 30,9	- 31,1
Verfügbares Einkommen	1 717,4	1 768,4	1 833,0	871,8	896,6	903,8	929,2
Zunahme betriebl. Versorgungsanspr.	29,8	30,4	32,1	14,7	15,7	16,2	15,9
Konsumausgaben	1 573,1	1 619,7	1 678,8	786,0	833,7	814,8	864,0
Sparen	174,1	179,0	186,4	100,5	78,5	105,2	81,2
Sparquote (%) ⁶	10,0	10,0	10,0	11,3	8,6	11,4	8,6

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Masseneinkommen	2,6	2,9	3,9	- 4,9	8,8	- 4,2	8,1
Nettolöhne und -gehälter	2,8	3,0	3,2	3,2	2,8	3,0	3,4
Monetäre Sozialleistungen	2,2	2,3	3,7	0,5	4,2	4,8	2,6
abz. Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	2,4	0,7	- 2,9	- 0,2	1,5	- 2,6	- 3,3
Übrige Primäreinkommen ⁴	2,1	2,4	2,8	3,3	1,6	2,2	3,5
Verfügbares Einkommen	2,2	3,0	3,7	2,8	3,1	3,7	3,6
Konsumausgaben	2,6	3,0	3,6	2,8	3,1	3,7	3,6
Sparen	- 1,4	2,8	4,1	2,8	2,9	4,7	3,4

7. Einnahmen und Ausgaben des Staates ⁷

a) Mrd.EUR

Einnahmen							
Steuern	635,9	655,3	681,9	326,6	328,7	338,7	343,1
Sozialbeiträge	459,4	474,2	492,0	230,5	243,7	238,5	253,4
Vermögenseinkommen	20,4	23,7	22,9	15,0	8,7	14,5	8,4
Sonstige Transfers	17,4	17,8	18,2	8,5	9,3	8,7	9,5
Vermögenstransfers	10,5	11,1	11,0	5,1	6,0	5,0	6,0
Verkäufe	80,4	80,9	82,2	37,5	43,4	38,1	44,1
Sonstige Subventionen	0,2	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1
Insgesamt	1 224,1	1 263,1	1 308,2	623,2	639,9	643,7	664,5
Ausgaben							
Vorleistungen ⁸	358,6	370,3	384,6	178,7	191,6	185,6	199,1
Arbeitnehmerentgelt	208,2	213,7	219,7	102,5	111,2	105,4	114,3
Vermögenseinkommen (Zinsen)	56,8	55,6	55,4	28,2	27,5	28,0	27,5
Subventionen	25,3	25,5	25,6	12,2	13,2	12,3	13,3
Monetäre Sozialleistungen	440,3	453,5	469,1	224,6	229,0	234,0	235,2
Sonstige laufende Transfers	65,9	66,1	68,0	34,3	31,8	35,3	32,7
Vermögenstransfers	22,3	23,4	22,3	9,8	13,6	9,1	13,2
Bruttoinvestitionen	43,0	46,5	48,3	19,8	26,8	20,7	27,6
Nettozugang an nichtprod. Vermö- gensgütern	- 1,4	- 1,4	- 1,4	- 0,7	- 0,7	- 0,7	- 0,7
Insgesamt	1 218,9	1 253,3	1 291,7	609,3	644,0	629,6	662,1
Finanzierungssaldo	5,2	9,8	16,5	13,9	- 4,1	14,2	2,4

RWI Konjunkturbericht 65 (2)

noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2014 und 2015

	2013	2014	2015	2014		2015	
				1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Einnahmen							
Steuern	2,9	3,1	4,1	2,5	3,6	3,7	4,4
Sozialbeiträge	2,3	3,2	3,8	3,3	3,1	3,5	4,0
Vermögenseinkommen	- 10,6	16,1	- 3,5	29,0	- 1,0	- 3,2	- 4,1
Sonstige Transfers	- 0,1	2,2	2,1	2,0	2,3	2,2	2,1
Vermögenstransfers	- 0,3	6,1	- 1,0	5,4	6,7	- 0,8	- 1,2
Verkäufe	5,6	0,6	1,6	- 0,3	1,5	1,6	1,6
Sonstige Subventionen	-	-	-	-	-	-	-
Insgesamt	2,5	3,2	3,6	3,2	3,2	3,3	3,8
Ausgaben							
Vorleistungen ⁸	4,2	3,3	3,9	3,2	3,3	3,8	3,9
Arbeitnehmerentgelt	2,1	2,7	2,8	2,4	2,9	2,8	2,8
Vermögenseinkommen (Zinsen)	- 11,0	- 2,1	- 0,4	- 2,2	- 1,9	- 0,7	0,0
Subventionen	2,8	0,6	0,5	0,6	0,6	0,7	0,5
Monetäre Sozialleistungen	2,3	3,0	3,4	1,7	4,3	4,2	2,7
Sonstige laufende Transfers	15,4	0,4	2,8	- 0,1	0,9	3,0	2,6
Vermögenstransfers	- 19,9	5,1	- 4,8	1,7	7,7	- 7,0	- 3,2
Bruttoinvestitionen	4,0	8,2	3,8	11,4	5,9	4,6	3,2
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	-	-	-	-	-	-	-
Insgesamt	2,3	2,8	3,1	2,2	3,4	3,3	2,8

Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes - ¹Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde. - ²Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. - ³Einschließlich Nettozugang an Wertsachen.- ⁴Selbständigeneinkommen/Betriebsüberschuss sowie empfangene abzüglich geleistete Vermögenseinkommen. - ⁵Empfangene abzüglich geleistete sonstige Transfers.- ⁶Sparen in % des verfügbaren Einkommens (einschließlich der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche). - ⁷Gebietskörperschaften und Sozialversicherung. - ⁸Einschließlich sozialer Sachleistungen und sonstiger Produktionsabgaben.

Deutsche Konjunktur im Frühsommer 2014

Roland Döhrn

Die Lage am Stahlmarkt – Belegung mit wenig Schwung¹

Zusammenfassung: In den ersten Monaten dieses Jahres stagnierte die weltweite Rohstahlerzeugung. Für den Prognosezeitraum zeichnet sich eine nur verhaltene Ausweitung der Produktion ab. Wichtigste Ursache hierfür ist die schwächere wirtschaftliche Expansion in China, verbunden mit einem Wandel hin zu einer weniger stahlintensiven Produktionsstruktur. Die weltweite Erzeugung von Rohstahl dürfte 2014 um knapp 4% und 2015 mit einer leicht höheren Rate ausgeweitet werden. Damit dürfte sich die derzeit niedrige Kapazitätsauslastung nicht verbessern. In Deutschland überzeichnen derzeit Sonderfaktoren die konjunkturelle Lage der Branche: Seit dem Herbst hat sich die Rohstahlproduktion deutlich günstiger entwickelt als die Erzeugung von Walzstahl, was darauf hindeutet, dass manche Produzenten Lager an Rohblöcken und Halbwaren aufbauen. Dies lässt für das zweite Halbjahr eine rückläufige Rohstahlerzeugung erwarten. Im kommenden Jahr dürften die konjunkturellen Auftriebskräfte die Oberhand gewinnen. Die Rohstahlerzeugung dürfte auf 43,6 Mill. t steigen nach 42,8 Mill. t in diesem Jahr.

Abstract: Crude steel production stagnated more or less during the first half of this year. For this year and the next only a moderate increase of production can be expected. The main reason is slowing economic growth in China in combination with a change of the production pattern in favor of less steel intensive industries. All in all, we forecast year over year growth of steel production to be slightly below 4% in this year and somewhat stronger in the next. In Germany, crude steel production is determined by special factors. Since autumn 2013, crude steel production shows a stronger increase than the production of rolled products, indicating that some producers build stocks of ingots. Therefore, crude steel production can be expected to decrease in the second half of this year. In the next year, demand for steel will be driven by growing investment expenditure and higher exports. Under these conditions, crude steel production will reach 43.6 mill. tons in the next year after 42.8 mill. tons in this year.

¹ Abgeschlossen am 2.7.2014. Der Verfasser dankt Renate Racz für die technische Unterstützung. Kritische Anmerkungen zu früheren Fassungen gaben Wim Kösters und Sabine Weiler. Kontaktadresse: doehrn@rwi-essen.de.

Nach einem starken Anstieg in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahres stagnierte die weltweite Rohstahlerzeugung in den ersten Monaten dieses Jahres mehr oder weniger. In Deutschland überzeichnen Sonderfaktoren die konjunkturelle Lage der Branche: Seit dem Herbst hat sich die Rohstahlproduktion deutlich günstiger entwickelt als die Erzeugung von Walzstahl, was darauf hindeutet, dass manche Produzenten Lager an Rohblöcken und Halbwaren aufbauen. Etwas entspannt hat sich die Kosten-Erlös-Relation der Stahlunternehmen, da bei sinkenden Rohstoffpreisen die Produktpreise mehr oder weniger gehalten werden konnten.

1. Geringe Dynamik der globalen Rohstahlerzeugung

Im vergangenen Jahr hat sich die weltweite Erzeugung von Rohstahl deutlich günstiger entwickelt als in unserem Stahlbericht vom vergangenen Sommer prognostiziert. Damals hatten wir einen Zuwachs um 1,8% erwartet, realisiert wurde letztlich ein Plus von 4,2%. Ausschlaggebend hierfür war eine überraschend kräftige Zunahme in der zweiten Jahreshälfte, insbesondere im vierten Quartal (Schaubild 1). Im ersten Halbjahr hatte sich die Produktion hingegen eher seitwärts entwickelt. Diese Muster findet man in nahezu allen Regionen. Einiges deutet aber darauf hin, dass die Belegung zum Jahresende 2013 nur vorübergehend

Schaubild 1
Welt-Rohstahlerzeugung
2008 bis 2014; 2008 = 100, saisonbereinigt



Eigene Berechnungen nach Angaben von Worldsteel.

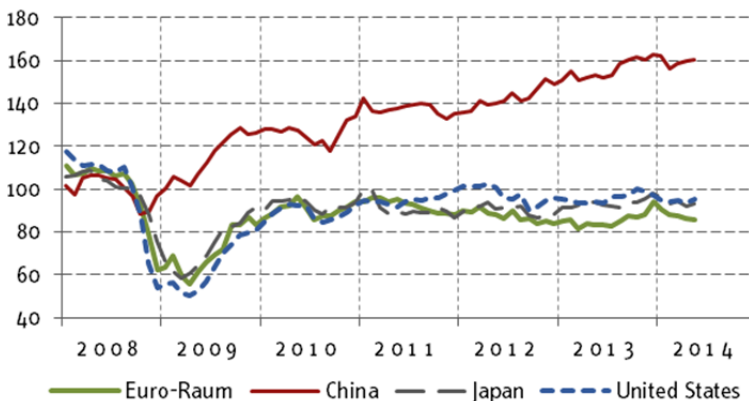
RWI Konjunkturbericht 65 (2)

war. Auffällig ist nämlich, dass dem guten vierten Quartal ein schwaches erstes Quartal folgte, in dem die Produktion saisonbereinigt um 1,2% unter dem Vorquartal lag. Zum Teil mag dies daran liegen, dass die Expansion des BIP sich vielfach verlangsamte, insbesondere in den USA und in China. Zum Teil könnten sich darin auch Lagerzyklen widerspiegeln.

Entscheidend für die internationale Stahlkonjunktur im Prognosezeitraum wird sein, wie sich der Bedarf Chinas entwickelt, auf das fast die Hälfte des weltweit erzeugten Rohstahls entfällt. Dort hat sich der Produktionszuwachs inzwischen deutlich verlangsamt. Hatte er zwischen 2001 und 2010 im Jahresdurchschnitt noch 17,1% betragen, lag er im Zeitraum 2010 bis 2013 lediglich bei 7,3% pro Jahr. Diese Verlangsamung spiegelt zum Teil eine schwächere gesamtwirtschaftliche Expansion wider. Auch dürfte sich der Prozess der Industrialisierung, der erfahrungsgemäß besonders stahlintensiv ist, mit wachsendem Entwicklungsstand verlangsamt haben und die Stahlintensität nun sinken. Eine wesentliche Ursache ist aber wohl die politisch angestrebte Änderung des Wachstumsmodells zu Lasten der besonders stahlintensiven Investitionen und zu Gunsten der privaten Konsumnachfrage. Vor diesem Hintergrund ist für den Prognosezeitraum mit einer weiteren Verlangsamung des Wachstums der chinesischen Rohstahlerzeugung zu rechnen (Worldsteel 2014). Hierauf deutet bereits hin, dass sie in den ersten Monaten dieses Jahres in saisonbereinigter Betrachtung mehr oder weniger stagnierte (Schaubild 2).

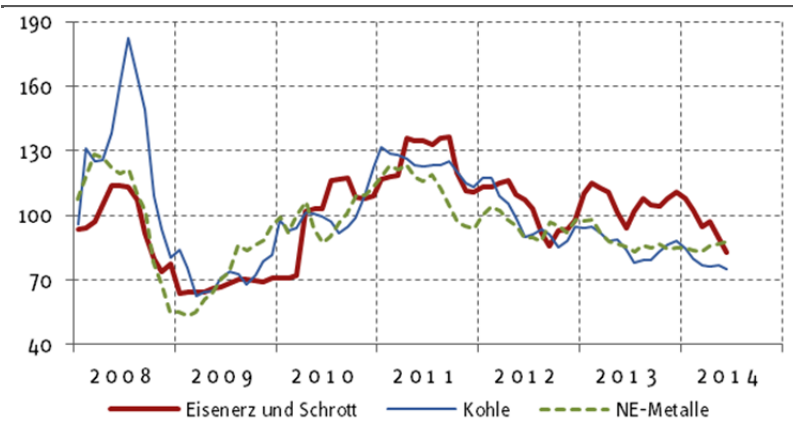
Schaubild 2
Rohstahlerzeugung nach Regionen

2008 bis 2014; 2008 = 100, saisonbereinigt



Eigene Berechnungen nach Angaben von Worldsteel.

Schaubild 3
Preise für Rohstoffe der Stahlindustrie¹
2008 bis 2014; 2010 = 100



Nach Angaben des HWWI. - ¹In Dollar.

Für das laufende Jahr erwarten wir, dass die globale Rohstahlerzeugung vor allem dank des statistischen Überhangs aus dem vergangenen Jahr um knapp 4% ausgeweitet wird und damit mit einer etwas geringeren Rate als im vergangenen Jahr. Für das kommende Jahr ist zwar eine Belebung der internationalen Konjunktur zu erwarten, was auch die Rohstahlerzeugung expandieren lassen dürfte. Andererseits dürfte China in geringerem Maße als früher zur Ausweitung der Produktion beitragen, so dass eine nur wenig raschere Zunahme der Produktion von Rohstahl zu erwarten ist. An der unbefriedigenden Auslastung der weltweiten Kapazitäten, sie betrug zuletzt nur rund 78%, dürfte sich damit wenig ändern.

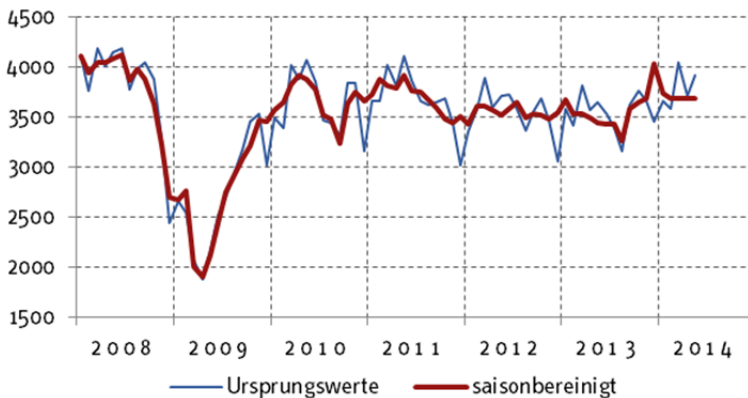
Die Preise für Rohstoffe der Stahlindustrie sind schon seit mehr als einem Jahr tendenziell rückläufig. Ausschlaggebend hierfür ist zum einen die wenig dynamische Rohstahlerzeugung, hier insbesondere die schwächere Nachfrage Chinas, das rund zwei Drittel des grenzüberschreitend gehandelten Eisenerzes aufkauft. Andererseits haben die Rohstoffproduzenten mittlerweile Überkapazitäten aufgebaut, weil sie vor 2008 im Vertrauen auf das starke Wachstum in China Investitionen in die Förder- und Distributionsinfrastruktur angestoßen haben, die in den vergangenen Jahren wirksam wurden. Angesichts des hier vorgestellten Szenarios für die globale Stahlerzeugung dürften die Rohstoffpreise unter Druck bleiben. Bei gleichzeitig mehr oder weniger stabilen Preisen für Stahlerzeugnisse dürften dadurch die Stahlunternehmen auf der Kostenseite entlastet werden.

2. Deutsche Stahlkonjunktur durch Sonderfaktoren überzeichnet

Die deutsche Konjunktur hat sich im Verlauf des vergangenen Jahres spürbar belebt. In der ersten Hälfte dieses Jahres dürfte sich diese Tendenz fortgesetzt haben, selbst wenn man den äußerst kräftigen Zuwachs des BIP im ersten Quartal nicht voll berücksichtigt, weil er zu einem großen Teil Folge des milden Winterwetters war (Döhrn et al. 2014). Einen wesentlichen Beitrag zur Expansion leistete im vergangenen Jahr die private Konsumnachfrage, während die Exporte nur wenig ausgeweitet wurden und nach einem schwachen Start ins Jahr erst allmählich an Kraft gewannen. Vor diesem Hintergrund belebte sich die Produktion der Stahl verwendenden Industrie zwar im Jahresverlauf, war aber im Jahresdurchschnitt leicht rückläufig.

Entsprechend sank die jahresdurchschnittliche Stahlverwendung leicht, und es wurden auch weniger warmgewalzte Stahlerzeugnisse hergestellt, zumal sich auch die Außenhandelsbilanz mit Stahl verschlechterte. Trotz der dämpfenden Rahmenbedingungen auf der Nachfrageseite entsprach die Rohstahlerzeugung der des Vorjahres. Wesentlichen Anteil daran hatte ein Anstieg in den letzten Monaten 2013, insbesondere eine ungewöhnlich hohe Produktion im Dezember. Normalerweise wird die Produktion während der Weihnachtsferien so weit wie möglich heruntergefahren. Im vergangenen Jahr war dies aber nicht zu beobachten (Schaubild 4).

Schaubild 4
Rohstahlerzeugung in Deutschland
2008 bis 2014; in 1000 t je Monat



Nach Angaben der Wirtschaftsvereinigung Stahl.

Hier scheinen wie auch in den ersten Monaten dieses Jahres Sonderfaktoren am Werk gewesen zu sein. Dies wird deutlich, wenn man neben der Rohstahlerzeugung auch auf die Produktion warmgewalzter Stahlerzeugnisse schaut. Auf mittlere Sicht stehen beide Größen in einem engen und recht stabilen Verhältnis zueinander. Aufgrund des hohen technischen Standes der deutschen Stahlindustrie lassen sich kaum noch Effizienzgewinne bei der Umwandlung von Rohstahl in Walzstahlprodukte erzielen. Kurzfristig kann das Verhältnis zwischen beiden Größen allerdings stärker schwanken. Zum Teil hat dies technische Gründe: Weil Hochöfen kontinuierlich betrieben werden müssen, kann ihre Ausbringung beispielsweise in Ferienzeiten nicht in dem Maße reduziert werden, wie die Walzwerke ihre Produktion zurückfahren. Auch spielt die Produktionsstruktur eine Rolle. So sind die Verluste bei der Erzeugung von Flachprodukten wie Blechen größer als bei Langprodukten wie Trägern. Schließlich können Stahlproduzenten auf Vorrat produzieren, etwa wenn absehbar ist, dass aufgrund von Revisionen oder Umrüstungen Hochöfen heruntergefahren werden müssen, sie aber den Betrieb in integrierten Walzwerken aufrechterhalten oder Kunden weiter beliefern wollen.

Auffällig ist nun, dass seit November 2013 das Aufkommen an Rohstahl² mit Ausnahme des Januar 2014 stets erheblich stärker ausgeweitet wurde als die Erzeugung von Walzstahlerzeugnissen. Dies spricht dafür, dass einzelne Stahlhersteller derzeit Rohblöcke auf Lager legen, etwa um sich auf eine bevorstehende vorübergehende Stilllegung von Hochöfen vorzubereiten. Daher dürfte die augenblickliche Rohstahlerzeugung wie auch die derzeit mit rund 90% recht hohe Kapazitätsauslastung in der Stahlindustrie die konjunkturelle Lage der Branche überzeichnen.

3. Aussichten für Stahlindustrie hellen sich auf

Bereits in den ersten Monaten dieses Jahres hat die Produktion der Stahl verwendenden Industrie deutlich angezogen. Dies reflektiert jedoch insbesondere eine witterungsbedingt kräftige Bautätigkeit, die inzwischen wieder in ruhigeren Bahnen verläuft. Da im Bausektor in hohem Maße importierter Stahl verarbeitet wird, schlug die dort höhere Produktion bisher nicht auf die Erzeugung von Walzstahl im Inland durch, diese war sogar etwas geringer als im Vorjahr. Kräftig gestiegen sind allerdings die Einfuhren. Ausgehend von der aktuellen Einschätzung der Konjunktur (Döhrn et al. 2014) ist jedoch für den weiteren Prognosezeitraum zu erwarten, dass die Ausrüstungsinvestitionstätigkeit sich weiter beleben und auch die Exporte beschleunigt ausgeweitet werden. Damit dürfte die Produktion der Stahlverwender

² Rohstahlerzeugung abzüglich Ausfuhren und zuzüglich Einfuhren von Rohblöcken und Halbwaren.

RWI Konjunkturbericht 65 (2)

zunehmen. Wir erwarten für dieses und das kommende Jahr einen Anstieg um jeweils gut 2%.

Allerdings dürfte der Bedarf weiterhin in hohem Maße durch Importe gedeckt werden, da insbesondere die Nachfrage der Bauwirtschaft hoch bleibt. Zugleich dürften sich die Ausfuhren mit anziehender Konjunktur im Euro-Raum zwar erholen. Ihr Anstieg dürfte aber weiterhin hinter dem der Einfuhren zurückbleiben. Die Ausbringung an warmgewalzten Stahlerzeugnissen wird daher in geringerem Maße ausgeweitet werden als der Bedarf der Stahlverwender.

Tabelle 1
Walzstahlbilanz für Deutschland
2011 bis 2015; in Mill. t

	2011	2012	2013	2014 ^P	2015 ^P	2013	2014 ^P	2015 ^P
						Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %		
Produktion der Stahlverwender ¹ 2010=100	108,2	106,0	105,8	108,1	110,6	-0,2	2,2	2,3
Stahlverwendung	37,5	36,6	36,3	37,0	37,7	-0,6	1,7	1,9
Lagerveränderung ¹	1,9	-0,9	-0,5	0,4	0,2			
Marktversorgung ³	39,4	35,6	35,8	37,3	37,9	0,6	4,2	1,4
Einfuhr Walzstahlerzeugnisse ⁴	19,8	17,9	17,3	18,0	19,1	-3,4	4,4	6,0
Ausfuhr Walzstahlerzeugnisse ⁴	18,3	18,7	17,8	18,0	18,9	-4,9	1,4	4,9
Erzeugung warmgewalzter Stahlerzeugnisse	37,9	36,5	36,4	37,4	37,7	-0,3	2,7	0,9
Rohstahlerzeugung	44,3	42,6	42,6	42,8	43,6	0,0	0,5	1,7
Nachrichtlich								
Einfuhrquote ⁵ , in %	50,1	50,1	48,2	48,2	50,4			
Ausfuhrquote ⁶ , in %	48,2	51,3	48,9	48,3	50,2			
Beschäftigte in 1000 ⁷	88,0	89,2	88,8	88,0	87,6	-0,4	-0,9	-0,4
Produktivität, in t je Beschäftigten ⁸	503,1	477,8	480,2	486,5	497,2	0,5	1,3	2,2

Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes, der Wirtschaftsvereinigung Stahl und des Bundesverbands Deutscher Stahlhandel - ¹Mit den Anteilen am Stahlverbrauch gewichteter Produktionsindex der Stahlverwender - ²Walzstahlerzeugnisse - ³Walzstahlerzeugung zuzüglich Import abzüglich Export - ⁴Ohne Erzeugnisse der Rohrwerke - ⁵Einfuhren in % der Marktversorgung - ⁶Ausfuhren in % der Walzstahlerzeugung - ⁷Eisenschaffende Industrie: Eisen- und Stahlindustrie und örtlich verbundene Betriebe - ⁸Bezogen auf die Beschäftigung in der Eisen- und Stahlindustrie - ^PEigene Prognose.

Dies alles wird in nochmals geringerem Maße auf die Rohstahlerzeugung durchschlagen. Insbesondere dürfte sie in der zweiten Hälfte dieses Jahres deutlich schwächer ausfallen als in der ersten, da die Stahlunternehmen ihre allem Anschein nach recht hohen Bestände an Rohblöcken und Halbzeug wieder abbauen werden. Für den Jahresdurchschnitt ist aufgrund des Überhangs aus dem ersten Halbjahr gleichwohl eine um 0,5% gegenüber 2013 erhöhte Rohstahlerzeugung von 42,8 Mill. t zu erwarten. Für das kommende Jahr ist dann bei anhaltend günstiger Binnenkonjunktur und einer beschleunigten Ausweitung der Exporte mit einer Erzeugung von 43,6 Mill. t zu rechnen, was einem Zuwachs um 1,7% entspricht. Die Kapazitäten der deutschen Stahlindustrie wären dann zu 85% ausgelastet. Da die Stahlnachfrage in Deutschland auch im Prognosezeitraum voraussichtlich von der Bauwirtschaft getragen wird, dürften die Importe weiterhin kräftig zunehmen.

Im vergangenen Jahr baute die Stahlindustrie in geringem Maße Arbeitsplätze ab. Bei einer weiterhin trendmäßigen Verbesserung der Produktivität dürfte sich diese Tendenz im Prognosezeitraum fortsetzen. Allerdings wird der Rückgang der Beschäftigung voraussichtlich nicht sehr ausgeprägt sein, zumal der Rationalisierungsdruck wegen sinkender Rohstoffnotierungen und stabiler Produktpreise nachgelassen haben dürfte.

Literatur

Döhrn, R. et al. (2014), Aufschwung in Deutschland auf breiter Basis. RWI Konjunkturberichte 65 (2), S. 5-13.

Worldsteel (2014), Worldsteel Short Range Outlook 2014-2015. <http://www.worldsteel.org/media-centre/press-releases/2014/worldsteel-Short-Range-Outlook-2014-2015.html> (23.6.2014).

Philipp Breidenbach und Tanja Kasten

Umsatzsteuerreform – eine Frage der politischen Zielsetzung¹

***Zusammenfassung:** Das deutsche Umsatzsteuersystem ist sehr komplex. Insbesondere die zahlreichen Ermäßigungstatbestände sind schwer nachvollziehbar und in der Handhabung kompliziert. Die ursprüngliche Intention, vor allem Geringverdiener durch eine geringere Besteuerung von Gütern und Dienstleistungen des täglichen Bedarfs zu entlasten, wird in der heutigen Ausgestaltung nicht erreicht. Bisher sind jedoch jedwede Reformbemühungen auf politischer Ebene gescheitert. Die vorliegende Studie zeigt, dass es ökonomisch sinnvoll ist, den ermäßigten Steuersatz abzuschaffen und gleichzeitig den Regelsatz aufkommensneutral zu senken. Ein einheitlicher Umsatzsteuersatz würde Abgrenzungsprobleme beseitigen und zu Effizienzgewinnen bei Unternehmen, Konsumenten und Steuerverwaltung führen. Die durchschnittliche Umsatzsteuerbelastung von Geringverdienern würde sich zwar geringfügig erhöhen, eine Anpassung des einkommensteuerlichen Grundfreibetrags könnte diesen Nachteil jedoch merklich abschwächen.*

***Abstract:** In Germany, the Value-Added Tax (VAT) system is very complicated. In addition to the general VAT rate of 19 percent, a reduced rate of 7 percent is levied on numerous items such as food, books and magazines, flowers, and local public transport. Furthermore, some goods and services (such as bank and health services or community work) are exempted from the VAT. The complexity of taxation rules and exemptions triggered many discussions on the need and potential of a VAT reform, but to date, all attempts to simplify the system have failed. However, this study shows, assuming tax neutrality the introduction of a single tax rate may increase efficiency as well as reduce administrative effort markedly. Indeed the average tax burden of those who earn less would increase as well, but only to a moderate extent.*

¹ Der vorliegende Beitrag fasst Ergebnisse einer Studie zusammen, die das RWI in Kooperation mit Prof. Dr. Christoph Böhringer (Universität Oldenburg) und Prof. Dr. Wolfgang Wiegard (Universität Regensburg) im Auftrag des Bundesministeriums der Finanzen (BMF) durchgeführt hat (RWI et al. 2013). Die Verfasser danken Roland Döhrn für hilfreiche Hinweise und kritische Anmerkungen zu früheren Fassungen dieses Beitrags. Korrespondenzadresse kasten@rwi-essen.de.

Umsatzsteuerreform

Das System der Umsatzbesteuerung in Deutschland ist durch seine vielen Ausnahmeregelungen sehr komplex. Insbesondere die zahlreichen Ermäßigungstatbestände sind immer wieder Gegenstand öffentlicher Diskussionen und politischer Reformvorhaben. Bisher sind jedoch alle Bemühungen, das Umsatzsteuersystem grundlegend zu reformieren, gescheitert. Den bisher letzten Versuch hatte die vorherige Bundesregierung unternommen. Konkret heißt es dazu im damaligen Koalitionsvertrag: „Auch die Umsatzsteuer muss an die modernen Anforderungen angepasst werden. ... Daneben gibt es Handlungsbedarf bei den ermäßigten Mehrwertsteuersätzen. Benachteiligungen gehören auf den Prüfstand. ...“ (CDU, CSU und FDP 2009: 14). Vor diesem Hintergrund hat das Bundesministerium der Finanzen (BMF) das RWI beauftragt, die fiskalischen Auswirkungen und Wachstumseffekte verschiedener Vorschläge für eine Reform des ermäßigten Umsatzsteuersatzes empirisch zu untersuchen (RWI et al. 2013). Der vorliegende Beitrag fasst wichtige Ergebnisse dieser Studie zusammen. Nach einer kurzen Beschreibung des Umsatzsteuersystems in Deutschland und der mit der Differenzierung der Steuersätze verbundenen Problematik werden die Aufkommens- und Verteilungswirkungen verschiedener Reformvorschläge dargestellt.

1. Umsatzsteuersystem in Deutschland

Die Umsatzsteuer gehört in Deutschland zu den wichtigsten Einnahmequellen des Staates. Im Jahr 2012 steuerte sie knapp ein Drittel zum Gesamtsteueraufkommen bei (BMF 2014). Sie fällt immer dann an, wenn Unternehmen im Inland Dienstleistungen erbringen oder Waren veräußern. Steuerschuldner sind die Unternehmen, die Steuerlast trägt jedoch der Endverbraucher.²

In seiner heutigen Ausgestaltung sieht das deutsche Umsatzsteuerrecht eine differenzierte Besteuerung der Umsätze vor: Neben dem regulären Steuersatz von derzeit 19% (§ 12 Abs. 1 UStG) gibt es eine Reihe von Dienstleistungen und Waren, die einem ermäßigten Steuersatz von aktuell 7% unterliegen (§ 12 Abs. 2 UStG und Anlage 2) oder von der Umsatzsteuer befreit sind (§ 4 UStG). Im Zuge der europäischen Harmonisierung des Umsatzsteuersystems sind im Jahr 1968 zusammen mit

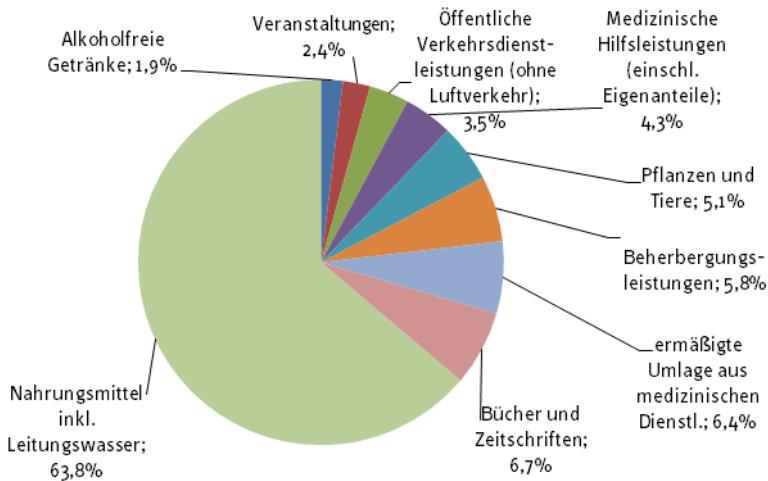
² Die Umsatzsteuer gehört zu den indirekten Steuern, da Steuerdestinatar - also der vom Gesetzgeber vorgesehene Steuerträger - und Steuerschuldner nicht identisch sind. Steuerschuldner ist das Unternehmen, Destinatar der Verbraucher. Derzeit wird die Umsatzsteuer als Netto-Allphasensteuer erhoben, d.h. dass auf jeder Stufe des Produktionsprozesses die Nettowertschöpfung besteuert wird. Durch die Möglichkeit des Vorsteuerabzugs stellt der Gesetzgeber sicher, dass die Steuerlast erst vom Endverbraucher getragen wird. (Homburg 2007: 124ff.).

der Möglichkeit des Vorsteuerabzugs differenzierte Steuersätze eingeführt worden, um die regressive Wirkung der Umsatzsteuer abzuschwächen. Denn durch die - anteilig am Einkommen - höheren Konsumausgaben der Haushalte mit geringen Einkommen werden diese stärker durch die Umsatzsteuer belastet. Um Geringverdiener zu entlasten, wurden daher zunächst vor allem Dienstleistungen und Waren des täglichen Bedarfs ermäßigt - damals mit einem Satz von 5% - besteuert. Im Laufe der Zeit wurde der ermäßigte Umsatzsteuersatz jedoch auf immer mehr Leistungen ausgeweitet, so dass die Zuordnung immer unübersichtlicher wurde. Vereinfachend lassen sich die Ermäßigungstatbestände heute in acht Gütergruppen einteilen: Nahrungsmittel, alkoholfreie Getränke, medizinische Hilfsleistungen, Pflanzen und Tiere, Bücher und Zeitschriften, öffentliche Verkehrsdienstleistungen, Veranstaltungen und Beherbergungsleistungen (RWI et al. 2013: 16). Insgesamt erzielt der Staat fast 8% des Umsatzsteueraufkommens mit ermäßigt besteuerten Gütern, davon entfallen gut 60% auf die Gütergruppe der Nahrungsmittel (siehe Schaubild 1).

Schaubild 1

Güter(-gruppen), die dem ermäßigten Steuersatz unterliegen

2012; Anteil am gesamten Aufkommen der ermäßigt besteuerten Umsätze in %



Eigene Berechnungen.

2. Kuriositäten im deutschen Umsatzsteuerrecht

Mit der Schaffung breiter Ausnahmeregelungen sind im deutschen Umsatzsteuerrecht einige skurrile Auswüchse entstanden, die den eigentlichen Sinn der ermäßigten Besteuerung ad absurdum führen und somit nicht nur für die breite Öffentlichkeit schwer nachvollziehbar sind. Bei einigen Waren und Dienstleistungen ist unklar, weshalb sie überhaupt zu den Ermäßigungstatbeständen gehören. So werden Schnittblumen vom Gesetzgeber scheinbar als Güter des täglichen Bedarfs klassifiziert und mit dem reduzierten Steuersatz besteuert, während Mineralwasser und sonstige alkoholfreie Getränke – mit Ausnahme von Leitungswasser – dem regulären Satz unterliegen. In anderen Fällen werden vermeintlich gleiche Güter oder Leistungen unterschiedlich besteuert. Ein in diesem Zusammenhang häufig erwähntes Beispiel ist der Verzehr einer Currywurst: Verzehrt ein Gast seine Currywurst an einem Tisch sitzend, unterliegt das Nahrungsmittel dem Regelsatz von 19%. Nimmt der Gast seine Mahlzeit hingegen im Stehen ein, wird der ermäßigte Umsatzsteuersatz von 7% fällig. Bei der Besteuerung öffentlicher Verkehrsleistungen scheint ebenfalls Willkür zu herrschen: Während Zugfahrten im Nahverkehr dem ermäßigten Umsatzsteuersatz unterliegen, wird der Fernverkehr regulär besteuert.

Dies sind nur einige Beispiele der zahlreichen Ausnahmeregelungen, die in der Bevölkerung auf wenig Akzeptanz stoßen.³ Und der Möglichkeit, weitere Ermäßigungstatbestände zu schaffen, scheinen keine Grenzen gesetzt: Da die Schere zwischen ermäßigtem und regulärem Steuersatz im Laufe der Jahre größer wurde⁴, haben die Anreize zugenommen, sich um eine Aufnahme in den Katalog der Ermäßigungstatbestände zu bemühen. Zuletzt hat die Einführung der reduzierten Besteuerung von kurzfristigen Beherbergungsleistungen im Jahr 2010 zu einer regen Debatte über Sinn und Unsinn des ermäßigten Umsatzsteuersatzes geführt (§ 12 Abs. 2 Satz 11 UStG).

Viele der Ausnahmeregelungen entbehren aus ökonomischer Sicht jedweder Logik. Mit der Ausweitung der Steuerbegünstigungen, aber auch durch Innovationen der Ernährungsindustrie und ein verändertes Verbraucherverhalten, haben die Abgrenzungsprobleme zugenommen. Damit sind auch die Befolgungskosten der Unternehmen und der Verwaltungsaufwand der Finanzbehörden deutlich gestiegen.

³ Weitere Kuriositäten werden beispielsweise im Positionspapier der Stiftung Marktwirtschaft zum Thema Mehrwertsteuer diskutiert (Stiftung Marktwirtschaft 2012).

⁴ Seit seiner Einführung im Jahr 1968 wurde der reguläre Umsatzsteuersatz von anfänglich 10% bis 2007 schrittweise auf 19% erhöht. Der reduzierte Satz, der 1968 bei 5% lag, beträgt seit 1983 unverändert 7%.

Auch die Finanzgerichte müssen sich immer häufiger mit der Frage nach der richtigen Abgrenzung beschäftigen (Ismer et al. 2010: 1). Daher verwundert es nicht, dass die Forderung nach einer grundlegenden Vereinfachung des Umsatzsteuersystems sowohl in der Öffentlichkeit als auch auf politischer Ebene immer wieder aufkeimt.

3. Fiskalische Effekte verschiedener Reformvarianten

In unserer Studie wurden fünf Vorschläge des BMF für eine Reform der Anwendungsbereiche des ermäßigten Umsatzsteuersatzes empirisch untersucht (siehe Tabelle 1). In diesem Zusammenhang wurden u.a. mit Hilfe eines vom RWI entwickelten Mikrosimulationsmodells die fiskalischen Auswirkungen der Reformvorschläge analysiert.⁵ Als Referenz wurde dazu zunächst das Umsatzsteueraufkommen simuliert, das sich nach Rechtsstand des Jahres 2012 ergibt. Tabelle 1 zeigt, dass sich dieses Referenzaufkommen auf knapp 195 Mrd. € beläuft. Im Fall einer vollständigen Abschaffung des ermäßigten Umsatzsteuersatzes (Szenario 1) kämen auf den Fiskus Mehreinnahmen in Höhe von gut 26,6 Mrd. € zu. Bei Beibehaltung

Tabelle 1
Umsatzsteueraufkommen und Effekte verschiedener Straffungskonzepte
2012; in Mrd. €

	Ermäßigter Steuersatz	Regelsatz	Aufkommen
Status quo	7%; (UStG § 12 Abs. 2 Nr. 1-11; Anhang 2)	19%	194,63
			zusätzliches Aufkommen
Szenario 1	nein	19%	26,65
Szenario 2	7%; (nur für Nahrungsmittel inkl. Leitungswasser)	19%	10,05
Szenario 3	7%; (nur für Nahrungsmittel inkl. Leitungswasser u. Presseartikel)	19%	8,38
Szenario 4	nein	16,712%	0
Szenario 5	nein	17	5,40

Eigene Berechnungen.

⁵ Für eine kurze Beschreibung der empirischen Grundlagen und des RWI USt-Mikrosimulationsmodells siehe RWI et al. 2013: 12-22.

Umsatzsteuerreform

der ermäßigten Besteuerung von Nahrungsmitteln (Szenario 2) würden sich die Mehreinnahmen auf rund 10 Mrd. € reduzieren; besteuert man zusätzlich auch noch Presseartikel weiterhin ermäßigt (Szenario 3), sinken die Mehreinnahmen weiter um 1,6 Mrd. € auf knapp 8,4 Mrd. €. Ein weiterer Vorschlag war, die vollständige Abschaffung der Ermäßigungstatbestände mit einer aufkommensneutralen Senkung des Regelsatzes zu verbinden (Szenario 4). In diesem Fall müsste ein neuer einheitlicher Umsatzsteuersatz von 16,7% erhoben werden. Würde man den neuen Einheitssteuersatz vereinfachend auf einen glatten Wert von 17% reduzieren (Szenario 5), ergäben sich Mehreinnahmen von etwa 5,4 Mrd. €.

Neben den Aufkommenseffekten, die aus finanzpolitischer Sicht ein zentrales Beurteilungskriterium darstellen, sind sozialpolitisch vor allem die Verteilungseffekte der Reformen von Interesse. Tabelle 2 gibt Auskunft darüber, wie sich die steuerliche Mehrbelastung gemessen am Haushaltsnettoeinkommen auf verschiedene Einkommensgruppen der Steuerpflichtigen verteilt. Dass die regressive Wirkung der Umsatzsteuer durch den ermäßigten Steuersatz nicht verhindert wird, lässt sich daran ablesen, dass die Steuerbelastung gemessen in Prozent des Haushaltsnettoeinkommens selbst im Status quo von 15,7% im untersten Dezil auf 7,4% im obersten Dezil fällt. In allen fünf Reformszenarien wird dieser regressive Effekt leicht verstärkt. Der größte durchschnittliche Belastungsanstieg für alle Einkommensgruppen ergibt sich mit einem Plus von 2%-Punkten erwartungsgemäß bei einer vollständigen Abschaffung der Ermäßigungstatbestände und einheitlicher Besteuerung aller Umsätze mit dem Regelsatz von 19% (Szenario 1). Der Regressivität der Umsatzsteuer entsprechend sinkt die Mehrbelastung gemessen am Haushaltsnettoeinkommen mit steigendem Einkommen: Während Haushalte aus dem ersten Einkommensdezil im Durchschnitt noch um 3%-Punkte stärker belastet werden, liegt der durchschnittliche Belastungsanstieg im zehnten Einkommensdezil bei nur noch 1,2%-Punkten.⁶

Die Reformszenarien 2 und 3 führen zu einem sehr moderaten Anstieg der durchschnittlichen Belastung von deutlich unter 1%-Punkt. Dieses Ergebnis war zu erwarten, wenn man bedenkt, dass der Hauptanteil der Umsatzsteuerlast auf den

⁶ Absolut betrachtet nehmen hingegen sowohl die durchschnittlichen Umsatzsteuerzahlungen als auch die reformbedingten Mehrbelastungen mit steigendem Haushaltsnettoeinkommen zu: Die Haushalte aus dem untersten Einkommensdezil zahlen im Vergleich zum Status quo in Szenario 1 im Jahresdurchschnitt rund 265 € mehr Umsatzsteuer; im obersten Dezil liegt die durchschnittliche Mehrbelastung hingegen bei 1 119 € pro Jahr (siehe Tabelle 3).

Tabelle 2
Durchschnittliche Umsatzsteuer-Belastung nach Einkommensdezilen
 2012; in % des Haushaltsnettoeinkommens (HNE)¹

Dezile	HNE (in €)	Status quo	Szen. 1	Szen. 2	Szen. 3	Szen. 4	Szen. 5
1	9 950	15,7	18,7 (3,0)	16,5 (0,8)	16,3 (0,6)	16,4 (0,7)	16,7 (1,0)
2	15 051	12,5	14,8 (2,4)	13,2 (0,7)	13,0 (0,6)	13,1 (0,6)	13,3 (0,8)
3	19 592	11,9	14,0 (2,2)	12,6 (0,7)	12,5 (0,6)	12,4 (0,5)	12,6 (0,7)
4	24 092	11,6	13,6 (2,0)	12,2 (0,7)	12,1 (0,6)	11,9 (0,3)	12,1 (0,6)
5	28 929	11,1	13,0 (1,9)	11,7 (0,7)	11,6 (0,5)	11,4 (0,3)	11,6 (0,5)
6	34 712	10,7	12,6 (1,8)	11,4 (0,6)	11,3 (0,5)	11,1 (0,4)	11,3 (0,5)
7	41 843	10,1	11,8 (1,7)	10,7 (0,6)	10,6 (0,5)	10,4 (0,3)	10,6 (0,5)
8	50 759	9,5	11,1 (1,6)	10,1 (0,6)	10,0 (0,5)	9,7 (0,2)	9,9 (0,4)
9	63 783	8,9	10,3 (1,4)	9,4 (0,6)	9,3 (0,5)	9,1 (0,2)	9,2 (0,4)
10	100 151	7,4	8,5 (1,2)	7,9 (0,5)	7,8 (0,4)	7,5 (0,1)	7,6 (0,3)
Alle HH	38 820	10,9	12,9 (2,0)	11,6 (0,7)	11,4 (0,5)	11,3 (0,4)	11,5 (0,6)

Eigene Berechnungen. 1In Klammern: Veränderungen gegenüber dem Status quo in Prozentpunkten.

Konsum von voll besteuerten Gütern zurückzuführen ist.⁷ Bei dem an sich aufkommensneutralen Szenario 4 ergeben die Simulationsrechnungen ebenfalls eine geringe durchschnittliche Mehrbelastung von 0,4%-Punkten. Diese ist allerdings ein rechnerisches Artefakt, da in der EVS nicht alle Haushalte erfasst werden.⁸ Während

⁷ Bei den Haushalten mit niedrigen Einkommen (1. Dezil) liegt die durchschnittliche Umsatzsteuerbelastung für voll besteuerte Güter bei rund 13,9% und für ermäßigt besteuerte Güter bei ungefähr 1,8%. Im zehnten Einkommensdezil sinkt die durchschnittliche Belastung für regulär besteuerte Güter auf gut 6,7% und für ermäßigt besteuerte Güter auf knapp 0,7%.

⁸ Die in der Analyse verwendete Stichprobe der EVS 2008 umfasst insgesamt 55 688 Haushalte. Hochgerechnet entspricht das einer Gesamtzahl von 38,4 Mill. Haushalten (RWI et al. 2013: 13). Haushalte und Personen, die in Gemeinschaftsunterkünften und Anstalten leben, werden in der

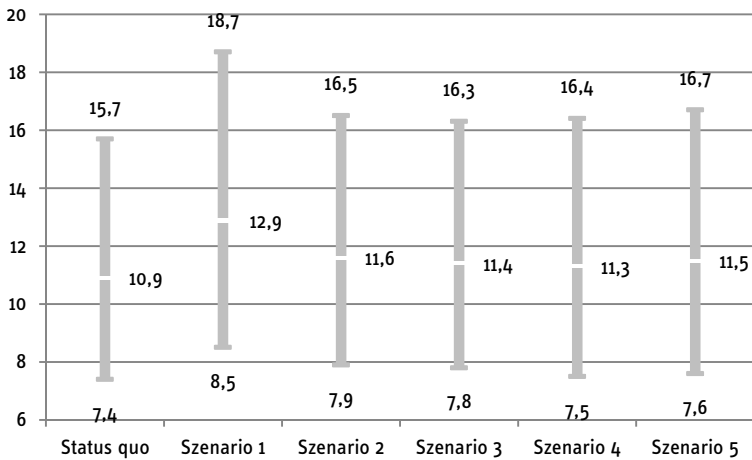
Umsatzsteuerreform

diese Untererfassung im Rahmen der Aufkommensanalyse und somit auch bei der Ermittlung des aufkommensneutralen Steuersatzes korrigiert wird, bleibt sie im Rahmen der Verteilungsanalyse unberücksichtigt.⁹

Ferner zeigt Tabelle 2, dass die Belastungsprofile aller Reformszenarien auch weiterhin den regressiven Charakter der Umsatzsteuer widerspiegeln: Bei den Haushalten mit niedrigem Einkommen ist der Belastungsanstieg dementsprechend etwas höher als bei den Besserverdienern. Allerdings nimmt die durchschnittliche Belastung selbst im ersten Einkommensdezil maximal um 1%-Punkt zu (Szenario 5).

Schaubild 2 stellt die Belastungseffekte des ersten Dezils, also der 10% aller Haushalte mit den niedrigsten Einkommen, denen im zehnten Dezil, also der 10% aller Haushalte mit den höchsten Einkommen gegenüber. Am größten ist der Unterschied zwischen beiden Gruppen erwartungsgemäß in Szenario 1: Während die

Schaubild 2
Durchschnittliche Umsatzsteuer-Belastung für niedrige und hohe Einkommen¹
2012; in % des Haushaltsnettoeinkommens



Eigene Berechnungen. – ¹Erstes Dezil und Zehntes Dezil.

EVS grundsätzlich nicht erfasst (Statistisches Bundesamt 2014). Ferner liefert die EVS keine Angaben für Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen ab 18 000 €, da diese in der Regel nicht in ausreichender Zahl an der Erhebung teilnehmen.

⁹ Zudem bleiben etwaige Verhaltensänderungen der Konsumenten im Rahmen des Modells unberücksichtigt, die die Mehrbelastung weiter abschwächen könnten.

Steuerbelastung der Haushalte im zehnten Dezil bei durchschnittlich 8,5% (7,4% im Status quo) liegt, beträgt der Anteil der Umsatzsteuer am Haushaltsnettoeinkommen bei den Haushalten im ersten Dezil 18,7% (15,7% im Status quo). In den übrigen Szenarien ist im Vergleich zum Status quo in beiden Einkommensgruppen hingegen lediglich ein moderater Anstieg der Belastung wie auch eine geringe Zunahmen der Spreizung zu beobachten.

4. Zusammenfassung und Fazit

Die Differenzierung der Steuersätze bei der deutschen Umsatzsteuer war mit der Intention eingeführt worden, Geringverdiener durch eine niedrigere Besteuerung von Gütern und Dienstleistungen des täglichen Bedarfs zu entlasten. Gleichwohl wird das Einkommen der Geringverdiener deutlich stärker mit der Umsatzsteuer belastet als das von Besserverdienenden. Gleichzeitig scheint die Anwendung des ermäßigten Umsatzsteuersatzes zunehmend das Ergebnis bürokratischer Willkür und des Einflusses von verschiedenen Interessengruppen zu sein. Eine grundlegende Reform der Umsatzsteuer war bisher politisch allerdings nicht umsetzbar.

Die hier vorgestellte Studie im Auftrag des Bundesministeriums der Finanzen zeigt, dass sich die Belastungswirkungen einer solchen Reform in Grenzen halten würden. Würde man den ermäßigten Umsatzsteuersatz vollständig abzuschaffen und gleichzeitig den Regelsatz aufkommensneutral senken, würde die Belastung der Haushalte mit den niedrigsten Einkommen im Schnitt um maximal 70 € pro Jahr (Tabelle 3) bzw. um 0,7% in Relation zu deren Haushaltsnettoeinkommen zunehmen (Tabelle 2). Diese moderate Mehrbelastung rechtfertigt nicht die de facto stattfindende erhebliche Subvention der nicht bedürftigen Haushalte, die zum großen Teil Nutznießer der ermäßigten Umsatzsteuer sind. Dem Anstieg der Belastung von Geringverdienern könnte man leicht durch eine Anpassung des einkommensteuerlichen Grundfreibetrags an die höhere Umsatzsteuerlast entgegenwirken.

Der vorliegende Beitrag konzentriert sich auf die im Rahmen der vorgestellten Studie ermittelten Aufkommens- und Verteilungseffekte einer Reform der Umsatzsteuer. Darüber hinaus zeigt die Studie, dass ein einheitlicher Umsatzsteuersatz auch zu Effizienzgewinnen bei den Unternehmen, den Konsumenten und der Steuerverwaltung führen kann, die sich wiederum positiv auf Wachstum und Beschäftigung auswirken dürften.¹⁰ Insofern wäre eine Reform der Umsatzsteuer ökonomisch

10 Siehe hierzu Kapitel 5 der Studie (RWI et al. 2013: 41ff.).

Umsatzsteuerreform

Tabelle 3
Durchschnittliche Umsatzsteuer-Zahlungen nach Einkommensdezilen
 2012; in €¹

Dezile (HNE)	Status quo	Szenario 1	Szenario 2	Szenario 3	Szenario 4	Szenario 5
1	1 354	1 619 (265)	1 426 (72)	1 409 (55)	1 424 (70)	1 448 (94)
2	1 874	2 229 (355)	1 982 (108)	1 958 (84)	1 961 (87)	1 994 (120)
3	2 328	2 749 (421)	2 467 (139)	2 439 (111)	2 418 (90)	2 460 (132)
4	2 782	3 265 (483)	2 948 (166)	2 916 (134)	2 872 (90)	2 922 (140)
5	3 201	3 755 (554)	3 394 (193)	3 358 (157)	3 303 (102)	3 360 (159)
6	3 722	4 361 (639)	3 944 (222)	3 904 (182)	3 836 (114)	3 902 (180)
7	4 220	4 939 (719)	4 476 (256)	4 430 (210)	4 344 (124)	4 419 (199)
8	4 808	5 617 (809)	5 100 (292)	5 049 (241)	4 941 (133)	5 026 (218)
9	5 641	6 560 (919)	5 992 (351)	5 932 (291)	5 780 (139)	5 869 (228)
10	7 163	8 282 (1 119)	7 636 (473)	7 551 (388)	7 285 (122)	7 411 (248)
Alle HH	3 705	4 333 (628)	3 932 (227)	3 890 (185)	3 811 (106)	3 877 (172)

Eigene Berechnungen. – In Klammern: Veränderungen gegenüber dem Status quo in €.

wünschenswert. Letztendlich muss die Entscheidung über die Umsetzung konkreter Reformmaßnahmen auf politischer Ebene getroffen werden. In Anbetracht der aktuellen Wirtschaftslage scheint die Gelegenheit für eine grundlegende Umsatzsteuerreform jedoch günstig.

Literatur

Bundesministerium der Finanzen (BMF) 2014, Kassenmäßige Steuereinnahmen nach Steuerarten 1950 bis 2013, http://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Standardartikel/Themen/Steuern/Steuerschaeetzungen_und_Steuereinnahmen/2014-02-13-steuereinnahmen-nach-steuerarten-2010-2013.pdf?_blob=publicationFile&v=7 [15. April 2014].

CDU, CSU, FDP (2009), Wachstum. Bildung. Zusammenhalt. Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU, FDP – 17. Legislaturperiode, online verfügbar: https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Downloads/DE/Ministerium/koalitionsvertrag.pdf?_blob=publicationFile [17. März 2014].

Homburg, St. (2007), Allgemeine Steuerlehre, 5., erweiterte Auflage, Franz Vahlen Verlag: München.

Ismer, R., Kaul, R., Reiß, W. und S. Rath (2010), Analyse und Bewertung der Strukturen von Regel- und ermäßigten Sätzen bei der Umsatzbesteuerung unter sozial-, wirtschafts-, steuer- und haushaltspolitischen Gesichtspunkten, Forschungsgutachten im Auftrag des Bundesministeriums der Finanzen (BMF), Endbericht, online verfügbar: http://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Pressemitteilungen/Finanzpolitik/2010/09/2010_0923-PM33-Gutachten.pdf?__blob=publicationFile&v=3 [18. Juni 2014].

RWI, Böhringer, CH. und W. Wiegard (2013), Analyse der fiskalischen Auswirkungen des ermäßigten Umsatzsteuersatzes in Deutschland unter Verwendung eines Simulationsmodells sowie der Wachstumseffekte von Straffungskonzepten, Forschungsvorhaben 9/11 im Auftrag des Bundesministeriums der Finanzen, Endbericht. RWI Projektberichte, Essen.

Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (SVR) 2010, Chancen für einen stabilen Aufschwung, Jahresgutachten 2010/11, Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt (2014), Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS), online verfügbar: https://www.destatis.de/DE/Meta/AbisZ/Einkommens_Verbrauchsstichprobe.html [19. Juni 2014].

Stiftung Marktwirtschaft (2012), Position zum Thema Mehrwertsteuer vom Oktober 2012, online verfügbar: http://www.stiftung-marktwirtschaft.de/fileadmin/user_upload/Positionspapiere/Positionspapier_04_Mehrwertsteuer_2012_10.pdf [18. Juni 2014].

Umsatzsteuergesetz (UStG), in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. Februar 2005 (BGBl. I S. 386), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 18. Dezember 2013 (BGBl. I S. 4318), online verfügbar: http://www.gesetze-im-internet.de/ustg_1980/ [15. April 2014].

Umsatzsteuerreform

Wolfgang Dürig

Die konjunkturelle Entwicklung im Handwerk 2013¹

Zusammenfassung: Das Handwerk ist ein wichtiger Teil des gewerblichen Mittelstandes in Deutschland. Mit fast 600.000 Betrieben und rund 5 Millionen Beschäftigten spielt es eine bedeutende Rolle innerhalb der volkswirtschaftlichen Arbeitsteilung. Das Leistungsangebot des Handwerks ist überwiegend auf die Inlandsnachfrage ausgerichtet, weshalb es wenig davon profitiert, wenn das Wachstum vom Export getragen ist. Seit der Wirtschafts- und Finanzkrise 2008/2009 hat sich die Inlandsnachfrage zu einer Stütze der Konjunktur entwickelt. Hiervon müsste demnach das Handwerk profitiert haben. Ungeachtet dessen musste im vergangenen Jahr das zulassungspflichtige Handwerk jedoch Umsatzeinbußen von 0,8% hinnehmen. Das zulassungsfreie Handwerk (Anlage B1 HwO) konnte hingegen einen Zuwachs von 0,9% erzielen. Dabei steigerten die Gesundheitshandwerke und die Lebensmittelhandwerke ihren Umsatz, während die Bau- und Ausbauhandwerke, das Kraftfahrzeuggewerbe sowie die Handwerke für den gewerblichen Bedarf die Umsatzniveaus des Vorjahres nicht erreichten. In der Folge verringerte sich die Zahl der im Handwerk Beschäftigten um 0,6%. Trotz dieser nicht zufriedenstellenden Bilanz ist das Handwerk gestärkt aus dem Jahr 2013 hervorgegangen. Bereits in der zweiten Jahreshälfte beschleunigte sich die Nachfrage nach Handwerksleistungen deutlich. Diese Entwicklung setzte sich nach den vorliegenden Indikatoren 2014 fort. Wir erwarten für das deutsche Handwerk für 2014 ein Umsatzwachstum von 2 bis 3% sowie eine Ausweitung der Beschäftigung um 0,5 bis 1%.

Summary: The craft industry is an important part of the small and medium sized firm sector in Germany. With 600.000 companies and 5 million employees it plays a considerable role in the German economy. The goods and services supplied by the craft industry are almost entirely directed towards the domestic demand. That is why these enterprises do not benefit from growth which is fostered by exports. Since the economic crisis in 2008/2009, the domestic demand has become the driving force that pushes the economic activity in Germany. This development should have been advantageous for the craft industry. However, firms in the fraction of the craft industry that are liable to admission (Meisterpflicht) had to accept losses in revenues (-0.8%) in 2013. Those other firms which do business in crafts where no approval to open a business is re-

¹ Der Verfasser dankt Roland Döhrn, Wim Kösters und Sabine Weiler für hilfreiche Hinweise und kritische Anmerkungen zu früheren Fassungen dieses Beitrags. Korrespondenzadresse: duerig@rwi-essen.de.

Konjunktur und Handwerk

quired could increase their turnover by 0.9%. The craft enterprises in the health and in the food processing sector could improve their sales, whereas the main and finishing construction industry, the car-repair shops and the small and medium sized sub-contractors could not reach the turnover level of 2012 in 2013. But in spite of that short-term trend, the craft industry came out of the last year with a strong momentum. Already in the second half of the year 2013 the demand for crafts services and goods accelerated again. This development continued in the first half of 2014. We expect a growth of turnover in the craft industry of 2 to 3% and an expansion in employment of 0.5 to 1% for 2014.

1. Konjunktur und Handwerk

Mit rund fünf Millionen Beschäftigten in fast 600.000 Betrieben und einem Jahresumsatz von 513 Milliarden Euro ist das Handwerk ein wesentliches Element im gesamtwirtschaftlichen Gefüge der Bundesrepublik. Es übernimmt wichtige Funktionen im Bereich der ortsnahen Versorgung, der Distribution, Installation und Wartung von Industrieprodukten, der Zulieferung an Industrieunternehmen sowie im Dienstleistungsbereich. Handwerksbetriebe bilden damit keinen eigenen Wirtschaftszweig, sondern sind als produzierendes Handwerk dem Verarbeitenden Gewerbe bzw. dem Baugewerbe und als Dienstleistungshandwerk dem Handel sowie sonstigen selbstständigen Gewerbetreibenden zuzurechnen.

Aufgrund seiner engen Verflechtung mit dem Industrie- und Dienstleistungssektor geht vom Handwerk kein prägender direkter Einfluss auf die gesamtwirtschaftliche Entwicklung aus. Allerdings wird ihm nachgesagt, dass es durch die Flexibilität seiner mittelständischen Betriebe zum einen dazu beiträgt, konjunkturelle Einbrüche abzufedern, und zum anderen in Aufschwungsphasen Konjunkturimpulse relativ rasch aufnehmen kann (Thomä 2011, Welter 2013).

Die Konjunkturzyklen in Deutschland waren bis zur Wirtschafts- und Finanzkrise 2008 insbesondere von kräftigen Exporten und einem stagnierenden privaten Verbrauch geprägt. Da das Handwerk vornehmlich binnenmarktorientiert ist, konnte es anders als die Industrie nur wenig von den exportgetragenen Aufschwüngen profitieren, während die stagnierenden Konsumausgaben der privaten Haushalte das Handwerk eher dämpften. Hier ist allem Anschein nach seit der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008 ein Wandel eingetreten. Zum einen brachen in der Krise die Exporte stärker ein als die Binnenkonjunktur, zum anderen stärkten die günstige Beschäftigungsentwicklung sowie die niedrigen Zinsen insbesondere in den vergangenen beiden Jahren die Inlandsnachfrage. Davon müsste das Handwerk auf-

grund seiner Binnenmarktorientierung profitiert haben. Demgegenüber war die Umsatzentwicklung 2013 eher bescheiden. Die nominalen Umsätze des zulassungspflichtigen Handwerks gingen bundesweit um 0,8% zurück, im zulassungsfreien Handwerk stiegen sie um lediglich 0,9%. Welche Bestimmungsgründe waren hierfür maßgeblich? Und wie sehen die Perspektiven des Handwerks für 2014 aus? Diesen Fragen geht die vorliegende Analyse nach.

2. Besonderheiten der statistischen Erfassung des Handwerks

Die Handwerksordnung unterscheidet zwischen dem zulassungspflichtigen und dem zulassungsfreien Handwerk. Zulassungspflichtig sind 41 Handwerkszweige, die in der Anlage A der Handwerksordnung aufgeführt sind. Für diese wird zur selbständigen Ausübung des Handwerks der Meisterbrief oder ein gleichwertiger Qualifikationsnachweis gefordert. Zulassungsfrei, d.h. von der Meisterpflicht entbunden sind Gewerbebranchen, die in den Anlagen B1 (53 Handwerksberufe) und B2 (57 handwerksähnliche Berufe) verzeichnet sind.²

Statistische Informationen über das Handwerk erhält man vor allem aus zwei Quellen: Erstens aus Totalauswertungen des Unternehmensregisters, die in größeren Abständen (alle 2 bis 3 Jahre) vorgenommen werden, zweitens aus der amtlichen vierteljährlichen Handwerksberichterstattung (Statistisches Bundesamt 2013, 2014). Letztere dient der laufenden Beobachtung der konjunkturellen Lage im Handwerk. Seit dem Berichtsjahr 2008 werden für beide Erhebungen ausschließlich Verwaltungsdaten verwendet, die im Unternehmensregister zusammengeführt werden (Neuhäuser 2008). Die Meldungen zur Sozialversicherung (Bundesagentur für Arbeit) dienen als Grundlage zur Ermittlung der sozialversicherungspflichtigen und der geringfügigen Beschäftigung, die Umsatzsteuer-Voranmeldungen der Unternehmen an Finanzämter bilden die Grundlage für die Schätzung der Umsätze. Aus dem Register werden - für ausgewählte Handwerkszweige - unterjährige Daten der als Handwerk registrierten Unternehmen herausgezogen und ausgewertet.

² Das Gesetz zur Ordnung des Handwerks (kurz Handwerksordnung bzw. HwO) besteht seit 1953 und wurde seither mehrfach novelliert, zuletzt 2004. Bei der letzten Novellierung wurde unter anderem die Zahl der meisterpflichtigen Gewerke in der Anlage A von 94 auf 41 reduziert. Außerdem wurde eine Anlage B1 mit 53 zulassungsfreien und eine Anlage B2 mit 57 handwerksähnlichen Gewerbebranchen eingeführt. Für B1- und B2-Handwerke ist die selbständige Berufsausübung nicht an die Meisterpflicht gebunden.

Konjunktur und Handwerk

Es liegt nahe, die Veränderungsdaten aus der Handwerksberichterstattung zur Überbrückung des Zeitraums zwischen den Totalauswertungen des Unternehmensregisters (Handwerkszählung) zu nutzen, um zeitnahe Schätzungen für Umsatz und Beschäftigte zu generieren. Aus methodischen Gründen sind hier allerdings einige Einschränkungen zu beachten.

Grundsätzlich sollen in der vierteljährlichen Berichterstattung nur die Handwerksunternehmen bei der Berechnung der Veränderungsdaten berücksichtigt werden, für die sowohl im aktuellen Quartal als auch im Vergleichsquartal vollständige Angaben vorliegen. Dieses Konzept des paarigen Berichtskreises wurde allerdings modifiziert, u.a. indem im Bauhauptgewerbe auch Melder mit unvollständigen Meldungen einbezogen werden (abgemeldete und neugegründete Unternehmen). Außerdem wird auch das Vorliegen von Umsatzwerten aus drei Quartalen als ausreichend angesehen, um in die Auswertung aufgenommen zu werden. Durch nachgelieferte Daten werden die Grundwerte zudem laufend revidiert.

Diese Methode hat zwar den Vorteil einer jeweils höheren Aktualität zum Zeitpunkt der Quartalsauswertung, verhindert aber eine verlässliche Darstellung über mehrere Perioden, da sich durch diese Vorgehensweise der Berichtskreis von Quartal zu Quartal ändert. Aus diesem Grunde ist die Berechnung der Veränderungsdaten gegenüber dem Vorjahr mit Hilfe von aus dem paarigen Berichtskreis abgeleiteten absoluten Angaben zu Umsatz und Beschäftigung problematisch. Für die Handwerkszählung werden die Veränderungsdaten zum Vorjahresquartal mit Hilfe der dem Berichtsquartal vorhergehenden Veränderungsdaten gegenüber dem jeweiligen Vorquartal berechnet. Dieses Vorgehen wird als Verkettung bezeichnet (Feuerhake 2012).

Trotz dieser Einschränkungen liefert die Fortschreibung der Daten der Handwerkszählung wichtige Anhaltspunkte, in welche Richtung sich die Handwerkswirtschaft entwickelt und in welcher Größenordnung sie wächst. Gleichwohl sind die auf diese Weise errechneten und hier in den Tabellen 2 bis 5 angegebenen absoluten Werte lediglich Annäherungen. Rückrechnungen für die vorangegangenen Handwerkszählungen haben allerdings ergeben, dass die fortgeschriebenen Werte nicht gravierend von den Ergebnissen der Totalauswertung abweichen. Größere Differenzen können sich jedoch insbesondere bei kleineren Handwerkszweigen ergeben.

3. Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen und die Entwicklung im Handwerk

Bei der Analyse der Konjunktur im Handwerk steht die Frage im Vordergrund, wie sich die Entwicklung der wichtigsten volkswirtschaftlichen Verwendungsaggregate in der heterogenen Struktur des Handwerks abbildet. Daher bietet es sich an, die dem Handwerk durch die Handwerksordnung zugeordneten Berufe nach der Abhängigkeit von der Entwicklung gesamtwirtschaftlicher Aggregate zu ordnen. Demnach wird im Folgenden zwischen Bau- und Ausbauhandwerk, den Gewerken für den gewerblichen und denen für den privaten Bedarf unterschieden.

Die gesamtwirtschaftliche Expansion in Deutschland war 2013 so schwach wie seit vier Jahren nicht mehr. Das reale Bruttoinlandsprodukt stieg nur leicht um 0,4%. Im Jahr 2012 war es noch um 0,7% gewachsen, 2011 hatte der Zuwachs sogar 3,3% betragen. Der Blick auf die volkswirtschaftlichen Verwendungsaggregate (Tabelle 1) zeigt, dass 2012 und 2013 insbesondere die Ausrüstungsinvestitionen deutlich zurückgingen. Dies dürfte insbesondere die Entwicklung der Handwerke für den gewerblichen Bedarf gebremst haben.

Hingegen waren die privaten Konsumausgaben – eine wesentliche Determinante der Entwicklung der Handwerke für den privaten Bedarf – und die Bauinvestitionen

Tabelle 1
Kennziffern der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung
2012 und 2013, real, Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %

	2012	2013
Konsumausgaben		
Private Haushalte	0,8	0,9
Staat	1,0	0,7
Anlageinvestitionen		
Ausrüstungsinvestitionen	-4,0	-2,4
Bauinvestitionen insgesamt	-1,4	0,1
Wohnbauten	1,1	0,8
Nicht-Wohnbauten	-4,6	-0,8
gewerbliche Bauten	-1,9	-1,8
öffentliche Bauten	-10,8	1,7
Nachrichtlich:		
Inlandsnachfrage	-0,3	0,7
Exporte	3,2	0,8
Importe	1,4	0,9
Bruttoinlandsprodukt	0,7	0,4

Angaben des Statistischen Bundesamtes

Konjunktur und Handwerk

Tabelle 2
Unternehmen, tätige Personen und Umsatz im Handwerk
2011 bis 2013

Gewerbegruppe ¹	Unternehmen ²		Tätige Personen ³		Umsatz ⁴		
	Anzahl	in 1000		Mrd. €	2011	2012 ^a	2013 ^a
		2011	2011				
Zulassungspflichtiges Handwerk (A)							
I Bauhauptgewerbe	76822	677,6	673,8	667,6	83,5	80,5	80,0
II Ausbaugewerbe	177262	1211,5	1220,0	1220,0	126,0	122,2	120,4
III Handwerke für den gewerblichen Bedarf	52615	612,4	622,2	621,6	82,6	80,4	79,5
IV Kraftfahrzeuggewerbe	53757	560,8	243,3	561,4	117,9	112,5	111,1
V Lebensmittelgewerbe	27834	553,5	548,5	536,6	36,9	36,7	36,8
VI Gesundheitsgewerbe	21714	186,5	186,9	187,3	13,1	13,1	13,3
VII Hdw. f. den priv. Bedarf	66286	291,0	284,4	284,4	9,4	9,4	9,5
Insgesamt	476290	4093,4	4100,4	4075,5	469,5	455,2	451,7
Zulassungsfreies Handwerk (B1)							
I Bauhauptgewerbe	612	3,8	.	.	0,4	.	.
II Ausbaugewerbe	56711	169,8	170,4	.	13,7	13,6	13,7
III Handwerke für den gewerblichen Bedarf	25569	667,4	664,0	.	19,5	19,7	20,1
V Lebensmittelgewerbe	1215	15,2	14,9	.	2,7	2,7	2,8
VII Hdw. f. den priv. Bedarf	20020	100,6	100,8	.	7,0	7,1	6,9
Insgesamt	104127	956,8	953,9	.	43,2	43,5	43,9
Handwerk A und B1							
I Bauhauptgewerbe	77434	681,4	.	.	84,0	.	.
II Ausbaugewerbe	233973	1381,3	1390,4	.	139,7	135,9	134,1
III Handwerke für den gewerblichen Bedarf	78184	1279,8	1286,2	.	102,1	100,1	99,6
IV Kraftfahrzeuggewerbe	53757	560,8	243,3	.	117,9	115,3	114,0
V Lebensmittelgewerbe	29049	568,7	563,3	.	39,5	43,8	43,7
VI Gesundheitsgewerbe	21714	186,5	186,9	.	13,1	13,1	13,3
VII Hdw. f. den priv. Bedarf	86306	391,6	385,1	.	16,3	9,4	9,5
insgesamt	580417	5050,2	5054,3	.	512,7	498,7	495,6

Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes. - ¹Gewerbe lt. Anlage A bzw. B1 der Handwerksordnung. - ²Unternehmen (einschl. der inzwischen inaktiven Unternehmen) mit steuerbarem Umsatz aus Lieferungen und Leistungen und/oder mit sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Berichtsjahr 2011. - ³Einschl. tätiger Unternehmer (geschätzt) am 31.12. - ⁴Mit geschätzten Umsätzen bei Organschaftsmitgliedern; ohne Umsatzsteuer. - ^a Fortschreibung mit den Veränderungsdaten aus der Handwerksberichterstattung. Teilweise keine Berechnung möglich, da in der Handwerksberichterstattung nicht berücksichtigt.

(insbesondere im Wohnungsbau) die wesentlichen Stützen der Konjunktur. Die Wachstumsbeiträge der Privaten Konsumausgaben und des Wohnungsbaus gingen maßgeblich auf die gute Lage am Arbeitsmarkt und die damit verbundenen aktuellen und zukünftig erwarteten Einkommenssteigerungen zurück. Zudem dürften die vorteilhaften Finanzierungsbedingungen die Konsum- und Investitionsneigung begünstigt haben. Die Inlandsnachfrage nahm deutlich zu, so dass die gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen für das Handwerk günstig waren.

Allerdings spiegelt die geringe gesamtwirtschaftliche Expansion von 0,4% die Dynamik der Konjunktur im vergangenen Jahr nur unzureichend wider, zumal sie zu einem erheblichen Teil Folge eines statistischen Unterhangs aus dem Vorjahr war (Döhrn et al 2014: 7). Im Lauf des Jahres beschleunigte sich die Expansion hingegen spürbar. Dies wirkte sich auch auf die Umsätze des Handwerks aus. Umsatzrückgänge gab es in den meisten Handwerkszweigen im ersten Halbjahr, während die Umsätze im zweiten Halbjahr zumeist wieder zulegen.

4. Handwerk blieb hinter der Gesamtwirtschaft zurück

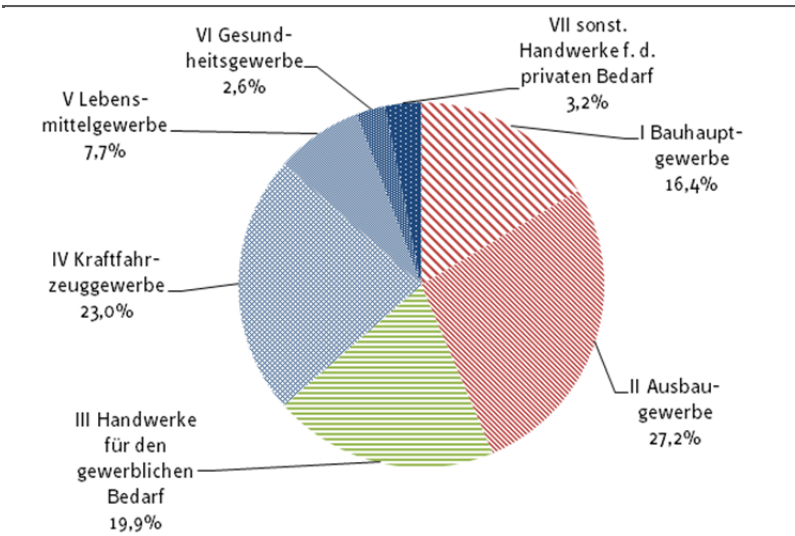
Das Jahr 2013 verlief aus Sicht des Handwerks mithin zweigeteilt. Nach einem – auch witterungsbedingt – sehr schwachen Beginn kam es in der zweiten Jahreshälfte zu einer deutlichen Belebung. Nach vorläufigen Daten des Statistischen Bundesamts sanken die nominalen Umsätze des zulassungspflichtigen Handwerks bundesweit um 0,8% und blieben damit deutlich hinter der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in 2013 zurück (Tabelle 1). Zum Vergleich: Das nominale Bruttoinlandsprodukt stieg um 2,4%. Auch die Beschäftigung im Handwerk ging zurück. Die Zahl der Beschäftigten lag zum Jahresende um 0,6% unter dem Vorjahreswert.

Günstiger entwickelte sich das zulassungsfreie Handwerk. Es konnte 2013 seinen Umsatz um 0,9% steigern. Besonders hohe relative Zuwächse erzielten Brauer und Mälzer (5,6%), Gebäudereiniger(3,8%) und Textilreiniger (2,9%).

Zur Bewertung der wirtschaftlichen Bilanz des Handwerks im Jahr 2013 ist es erforderlich, die Handwerksgruppen im Einzelnen zu betrachten und diese mit den für sie jeweils konjunkturtreibenden Faktoren zu vergleichen. Schaubild 1 zeigt, dass knapp 44% des Umsatzes im Bauhaupt- und im Ausbaugewerbe erzielt werden. Der zweitgrößte Bereich mit 36,5% sind im weiteren Sinne Handwerke, die private Bedarfe bedienen. Hierunter fallen alle konsumnahen Handwerke (u.a. Lebensmittel-, Kraftfahrzeug- und Gesundheitshandwerke). Auf die Handwerkszweige, deren Angebot sich vor allem an den gewerblichen Bedarf richtet, entfallen nur knapp 20% des Umsatzes.

Konjunktur und Handwerk

Schaubild 1
Umsatzverteilung nach Handwerksgruppen¹
2011; in %



Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes (2014). -
¹Zulassungspflichtiges und zulassungsfreies Handwerk

5. Die Handwerkszweige im Einzelnen

5.1 Bau- und Ausbaugewerbe

Die Konjunkturdynamik im Handwerk wird maßgeblich durch die Bau- und Ausbaugewerbe geprägt. Der Wohnungsbau erfreute sich 2013 einer regen Nachfrage. In Deutschland wurde der Bau von rund 270.400 Wohnungen genehmigt, 12,9% mehr als im Jahr 2012. Viele Bauherren wurden durch die niedrigen Hypothekenzinsen, die geringe Verzinsung alternativer Anlagen und womöglich auch durch die Furcht vor einem Anstieg der Inflation dazu ermutigt, in Immobilien zu investieren. Dies galt nicht nur für die Neuerrichtung von Gebäuden, sondern auch für Modernisierungen und Sanierungen, insbesondere im Hinblick auf energetische Verbesserungen. Nicht zuletzt aufgrund des ungewöhnlich lang anhaltenden Winters 2012/2013 stiegen dennoch die Bauinvestitionen lediglich um 0,1%.

Tabelle 3
Tätige Personen und Umsatz im Bauhandwerk
2013^a

Gewerbegruppe ¹		Tätige Personen ²	Umsatz ³	Tätige Personen ²	Umsatz ³

Gewerbebezug		Anzahl	Mill. €	Veränderungen gegenüber 2012 in %	
Zulassungspflichtiges Handwerk (A)					
I	Bauhauptgewerbe	4 075 487	451 700	-0,9	-0,5
	darunter:				
	Maurer und Betonbauer; Straßenbauer	443 269	57 660	-0,8	-0,7
	Zimmerer	87 203	9 397	1,1	1,5
	Dachdecker	94 998	8 626	-2,2	-1,8
II	Ausbaugewerbe	1 220 011	120 404	0,0	-1,5
	darunter:				
	Stuckateure	28 712	2 465	-0,7	0,8
	Maler und Lackierer	199 071	14 068	-2,0	0,5
	Klempner; Installateur und Heizungs- bauer	646 451	69 601	1,0	1,4
	Elektrotechniker	414 724	43 447	0,3	-5,3
	Tischler	206 559	20 743	-0,1	-0,1
	Glaser	25 773	2 640	-0,1	-1,2
Zulassungsfreies Handwerk (B1)²					
II	Ausbaugewerbe		13 707		0,5
	darunter:				
	Fliesen-,Platten- und Mosaikleger		6 175		0,6
	Estrichleger		1 422		-0,2
	Parkettleger		1 173		0,4
	Rollladen- und Sonnenschutztechniker		1 756		1,3
	Raumausstatter		3 171		-0,3

Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes. - ¹Verzeichnis der Gewerbe lt. Anlage A und B1 der Handwerksordnung, ohne Gewerbe der Anlage B2. - ²Einschl. tätiger Unternehmer (geschätzt) am 31.12. - ³Mit geschätzten Umsätzen bei Organschaftsmitgliedern; ohne Umsatzsteuer. - ^aFortschreibung mit den Veränderungsdaten aus der Handwerksberichterstattung.

Dennoch überrascht vor diesem Hintergrund das unterdurchschnittliche Abschneiden des Handwerks. Der Umsatz im handwerklichen Bauhauptgewerbe lag um 0,5% unter dem Vorjahresergebnis (Tabelle 3). Das Ausbaugewerbe, in dem das Handwerk eine dominierende Marktposition hat, musste sogar Umsatzverluste von 1,5% hinnehmen. Allerdings wurde die Entwicklung der Gruppe stark von dem schlechten Abschneiden des Elektrohandwerks beeinflusst. Lagen Elektrotechniker (-5,3%), Tischler (-0,1%) und Glaser (-1,2%) unter dem Vorjahresergebnis, konnten

Konjunktur und Handwerk

Stuckateure (0,8%), Maler und Lackierer (0,5%) sowie Heizungsbauer (1,4%) Umsatzzuwächse verzeichnen. Dem Ausbaugewerbe sind auch einige zulassungsfreie Handwerkszweige zuzuordnen. Hier war zwar die Entwicklung ebenfalls gemischt, jedoch konnte die Gruppe insgesamt einen Umsatzzuwachs von 0,5% erwirtschaften. Die schwache Umsatzentwicklung hat sich nicht zuletzt auf die Beschäftigungslage ausgewirkt. Die Zahl der tätigen Personen lag im zulassungspflichtigen Handwerk um 0,9% unter dem Vorjahr.

Nicht unwesentlich dürfte der lang anhaltende Winter zum unerwartet schwächeren Abschneiden des Baugewerbes beigetragen haben. Die vierteljährliche Handwerksberichterstattung zeigt, dass die Witterung bis ins zweite Quartal hinein das Bauen behindert hat und es erst in der zweiten Jahreshälfte zu einer Belebung kam. Diese reichte jedoch nicht aus, den schwachen Start ins Jahr zu kompensieren. Besonders unter dem ungünstigen Wetter litt das Dachdeckerhandwerk, auf das gut 10% des Umsatzes des handwerklichen Baugewerbes entfällt und das Umsatzrückgänge von 1,8% zu verkraften hatte. Die Nachfrage ließ vor allem im gewerblichen Bau nach.

5.2 Handwerke für den gewerblichen Bedarf

Zu den Handwerkszweigen, die Produkte und Leistungen für den gewerblichen Bedarf anbieten, zählen insbesondere die Metallbauer, die Feinwerkmechaniker, die Informationstechniker und die Landmaschinenmechaniker. Mit Ausnahme der Landmaschinenmechaniker konnten alle diese Handwerke ihr Umsatzniveau des Vorjahres nicht wieder erreichen. Unter dem Strich ging der Umsatz in dieser Gruppe um 1% zurück (Tabelle 4).

Die Zusammensetzung der Gruppe ist allerdings heterogen. Ein Teil der Unternehmen ist im Zulieferbereich tätig. Hier dürfte sich der Rückgang der Ausrüstungsinvestitionen negativ auf die Geschäftsentwicklung ausgewirkt haben. Die Feinwerkmechaniker mussten Umsatzrückgänge von 0,7% hinnehmen. Auch die Unternehmen des Metallbaus, die häufig auch im Bausektor tätig sind (Geländer, Brüstungen), konnten ihr Umsatzniveau nicht halten. Lediglich die Landmaschinenmechaniker hatten einen leichten Umsatzzuwachs von 0,7%.

Die negative Umsatzentwicklung bei der Mehrzahl der Handwerke in dieser Gewerbegruppe wirkte sich nur geringfügig auf die Beschäftigungslage aus (-0,1%). Über eine Fortschreibung der Handwerkszählung 2011 mit den Veränderungsraten der Handwerksberichterstattung ergibt sich, dass schätzungsweise 621.600 Personen in dieser Handwerksgruppe 2013 tätig waren.

Tabelle 4

Tätige Personen und Umsatz im Handwerk für den gewerblichen Bedarf
2013^a

Gewerbegruppe ¹ ----- Gewerbezug	Tätige Personen ² Anzahl	Umsatz ³ in Mill. €	Tätige Personen ² Veränderungen gegenüber 2012 in%	Umsatz ³ Veränderungen gegenüber 2012 in%
Zulassungspflichtiges Handwerk (A)				
III Handwerke für den gewerblichen Bedarf	621 604	79 540	-0,1	-1,0
darunter:				
Metallbauer	241 135	27 089	-0,8	-0,3
Feinwerkmechaniker	236 972	28 921	0,4	-0,7
Informationstechniker	43 925	5 772	-2,2	-6,7
Landmaschinenmechaniker	40 474	8 938	1,2	0,7
Zulassungsfreies Handwerk (B1)				
III Handwerke für den gewerblichen Bedarf		20 066		1,8
darunter:				
Galvaniseure		798		-1,6
Modellbauer		1 107		-4,0
Gebäudereiniger		13 813		3,8
Drucker		1 059		-1,4
Schilder- und Lichtreklamehersteller		825		-6,4

Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes. - ¹Verzeichnis der Gewerbe lt. Anlage A und B1 der Handwerksordnung, ohne Gewerbe der Anlage B2. - ²Einschl. tätiger Unternehmer (geschätzt) am 31.12. - ³Mit geschätzten Umsätzen bei Organschaftsmitgliedern; ohne Umsatzsteuer. - ⁴Fortschreibung mit den Veränderungsdaten aus der Handwerksberichterstattung.

Im Gegensatz zu den zulassungspflichtigen Handwerken konnten die zulassungsfreien Handwerke einen Umsatzzuwachs von zusammen 1,8% erzielen (Tabelle 3). Prägend wirken hier die Gebäudereiniger, auf die zwei Drittel des Umsatzes in dieser Gruppe entfällt. Ihr Umsatz stieg um 3,8%.

5.3 Handwerke für den privaten Bedarf

Kraftfahrzeuggewerbe

Rund 11% der Betriebe, 13% der tätigen Personen und 25% des steuerpflichtigen Umsatzes im Handwerk insgesamt entfallen auf das Kraftfahrzeuggewerbe. Somit trägt diese Handwerksgruppe nicht unwesentlich zum Konjunkturprofil des Handwerks bei. Die Zahl der zugelassenen Kraftfahrzeuge stieg im Jahr 2013 zwar auf

Konjunktur und Handwerk

einen neuen Höchststand.³ Dennoch war die Geschäftsentwicklung in diesem Handwerkszweig keineswegs zufriedenstellend. Kritisch verlief vor allem das Neuwagengeschäft. Die private Nachfrage nach neuen Fahrzeugen entwickelte sich schwach und lag deutlich unter der des Vorjahres. Im Gebrauchtwagengeschäft war die Mengenentwicklung zwar besser, doch waren die Bruttogewinne aufgrund langer Standzeiten und eines härteren Preiswettbewerbs unbefriedigend. Beim Werkstattgeschäft konnten die freien Werkstätten einen leichten Zuwachs verzeichnen, die Markenbetriebe dagegen erreichten die Zahlen vom Vorjahr kaum noch. Dazu beigetragen hat wohl auch, dass die Zahl der von den Herstellern vorgeschriebenen Wartungsarbeiten und die Wartungshäufigkeit zurückgegangen sind und der Wartungsaufwand auf rund 250 Euro pro Fahrzeug gesunken ist (Brachat 2013). Nach unseren Berechnungen lag der Umsatz mit rund 111 Mrd. Euro um 1,2% niedriger als 2012 (Tabelle 5).

Lebensmittelhandwerk

Das Lebensmittelhandwerk wird in der Handwerksberichterstattung durch die Handwerkszweige der Bäcker, Konditoren und Fleischer repräsentiert. Als regionaler Versorger mit Lebensmitteln des täglichen Bedarfs stehen die Betriebe dieser Handwerksgruppe im Wettbewerb mit dem Einzelhandel, in Teilsegmenten aber auch zunehmend mit der Gastronomie (Snack-Angebote). Im Jahr 2013 entwickelte sich der Umsatz dieser Handwerksbetriebe stabil (0,1%). Zugleich wurden Anpassungen im Personalbestand vorgenommen. Knapp 536.600 Personen waren im Berichtsjahr im Lebensmittelhandwerk beschäftigt. Das waren 2,1% weniger als im Vorjahr. Mit knapp 330.800 Beschäftigten sind im Bäckerhandwerk nahezu doppelt so viele Mitarbeiter tätig wie im Fleischerhandwerk. Beim Umsatz liegen die Bäcker mit 15,4 Mrd. Euro allerdings ca. 22% unter dem des Fleischerhandwerks (19,7 Mrd. Euro).

Wenn bei stabilem Umsatz die Zahl der Beschäftigten vermindert werden kann, dann spricht dies für eine Ausschöpfung von Produktivitätsreserven. Hier machen sich die wachsende Bedeutung von Filialbetrieben sowie der zunehmende Anteil industrieller Zulieferungen bemerkbar. Das Bäckerhandwerk, das seinen Umsatz um 0,3% erhöhen konnte, schaffte dies mit 2,4% weniger Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Auch das Fleischerhandwerk verminderte seinen Personalbestand um 1,7%, das Konditorenhandwerk um 1,5%.

³ Vgl. Kraftfahrtbundesamt (2014), Jahresbericht 2013, Flensburg sowie Daten unter <http://www.kba.de>.

RWI Konjunkturbericht 65 (2)

Tabelle 5
Tätige Personen und Umsatz in Handwerken für den privaten Bedarf
 2013^a

Gewerbegruppe ¹ ----- Gewerbe­zweig	Tätige Personen ² Anzahl	Umsatz ³ in Mill. €	Tätige Personen ² Veränderungen 2013 gegenüber 2012 in %	Umsatz ³ Veränderungen 2013 gegenüber 2012 in %
Zulassungspflichtiges Handwerk (A)				
IV Kraftfahrzeuggewerbe	561 378	111 130	-0,7	-1,2
darunter:				
Kraftfahrzeugtechniker	498 176	102 623	-0,8	-1,2
V Lebensmittelgewerbe	536 585	36 785	-2,1	0,1
darunter:				
Bäcker	330 783	15 366	-2,4	0,3
Konditoren	38 136	1 645	-1,5	0,0
Fleischer	167 257	19 707	-1,7	0,0
VI Gesundheitsgewerbe	187 258	13 332	0,2	2,1
darunter:				
Augenoptiker	57 499	4 439	0,3	2,0
Orthopädietechniker	35 259	3 235	3,2	5,6
Zahntechniker	66 148	3 489	-1,4	-1,1
VII Handwerke für den privaten Bedarf	284 364	9 499	-1,7	1,6
darunter:				
Steinmetzen u. Steinbildhauer.	20 987	1 766	-2,0	0,4
Friseure	234 182	5 908	-1,9	1,5
Zulassungsfreies Handwerk (B1)				
V Lebensmittelgewerbe		2 845		3,7
darunter:				
Müller		1 956		5,6
Brauer und Mälzer		827		2,1
VII Handwerke für den privaten Bedarf ³		6 934		-1,8
darunter:				
Uhrmacher		1 277		0,3
Gold- und Silberschmiede		1 013		-7,4
Maßschneider		463		-0,8
Schuhmacher		411		0,5
Textilreiniger		1 338		2,9
Fotografen		939		-6,6

Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes. - ¹Verzeichnis der Gewerbe lt. Anlage A und B1 der Handwerksordnung, ohne Gewerbe der Anlage B2. - ²Einschl. tätiger Unternehmer (geschätzt) am 31.12. - ³Mit geschätzten Umsätzen bei Organschaftsmitgliedern; ohne Umsatzsteuer. - ⁴Fortschreibung mit den Veränderungsdaten aus der Handwerksberichterstattung.

Konjunktur und Handwerk

Gesundheitshandwerke

Die Gesundheitshandwerke gehören zu den Gewinnern des demographischen Wandels in Deutschland. Der Anteil der Personen, die 60 Jahre und älter sind, stieg zwischen 1960 und 2010 von 17,4 auf 26,3 Prozent der Bevölkerung. Ältere Menschen nehmen tendenziell in stärkerem Maße das Gesundheitswesen in Anspruch. Vor diesem Hintergrund überrascht es nicht, dass die Betriebe des Gesundheitshandwerks 2013 beim Umsatz 2,1% zulegen und damit stärker als andere Handwerkszweige wachsen konnten. Die erfolgreiche Entwicklung schlägt sich auch in der Beschäftigung nieder, die um 0,2% stieg.

Zu den - gemessen an der Umsatzentwicklung - erfolgreichen Handwerkszweigen dieser Gruppe gehörten die Augenoptiker (2,0%) und die Orthopädietechniker (5,6%). Die Zahntechniker hingegen mussten Umsatzeinbußen von 1,1% hinnehmen. Neben gesundheitspolitischen Entscheidungen (Festzuschuss-System) dürfte hier auch eine Rolle spielen, dass sich Zahnärzte zunehmend praxiseigene CAD/CAM -Zahntechnik zulegen und die Laborarbeiten selbst durchführen. Nicht zu vernachlässigen ist auch der zunehmende Import von Zahnimplantaten, da sich inzwischen hierfür durch digitale Vermessungen und präzise Datenübermittlungen die Voraussetzungen deutlich verbessert haben. Hingegen verbleibt die Reise von Patienten zur Zahnbehandlung im Ausland eine Randerscheinung.

Für die wirtschaftliche Entwicklung in dieser Handwerksgruppe sind in stärkerem Maße strukturelle und betriebliche Faktoren ausschlaggebend und weniger konjunkturelle. Während beim Augenoptikerhandwerk inzwischen nur noch ein ganz kleiner Teil der Leistungen über die Krankenkassen abgerechnet wird und auch der versicherungsbezogene Teil der Geschäftstätigkeit im Zahntechnikerhandwerk zurückgeht, sind die Handwerksbetriebe in stärkerem Maße auf die Zahlungsbereitschaft der Kunden angewiesen. Hierdurch verstärkt sich der Einfluss konjunktureller Komponenten in diesem Handwerkszweig. Im Orthopädietechnikerhandwerk stellt sich die Situation noch anders dar, weil hier nach wie vor die Abrechnung über die Krankenkassen eine größere Bedeutung hat.

Sonstige Handwerke für den privaten Bedarf

Am bedeutsamsten im Bereich der Handwerke für den privaten Bedarf sind weiterhin die Friseure und die Steinmetze. Beide Handwerkszweige konnten 2013 ihren Umsatz steigern. Im Friseurhandwerk lag der Zuwachs mit 1,5% sogar deutlich über dem des Gesamthandwerks. Die Steinmetze konnten ihren Umsatz um 0,4% erhöhen. Auch wenn beide Handwerke hier zusammen dargestellt werden, so unterscheiden sie sich hinsichtlich Größe und Marktbedingungen beträchtlich. Mit ca. 234.200 Beschäftigten ist das Friseurhandwerk deutlich größer als das Stein-

metzhandwerk mit knapp 21.000 Beschäftigten. Auch in Bezug auf den Umsatz unterscheiden sich Grundzahlen der Friseure mit 5,9 Mrd. Euro und die der Steinmetze mit 1,8 Mrd. Euro deutlich.

Das Friseurhandwerk hatte sich in den vergangenen Jahren eines heftigen Preiswettbewerbs zu erwehren. Zahlreiche Kettenanbieter versuchten, durch verlockende Pauschalangebote Kunden zu gewinnen. Diese Rechnung ist nur zum Teil aufgegangen. Die etablierten Betriebe konnten in der Regel ihren Kundenstamm halten und sich über die Qualität der Leistung von den preisaggressiven Wettbewerbern abheben. Die Vereinbarung von Mindestlöhnen hat darüber hinaus dazu beigetragen, die Intensität des Wettbewerbs zu dämpfen. Die höheren Löhne wurden jedenfalls allem Anschein nach auf die Preise überwälzt (Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose 2014: 48). Dadurch haben sich die Preisdifferenzen zwischen den Anbietern angeglichen. Der Mindestlohn hat auch dem negativen Image der Handwerksbetriebe als schlechtzahlende Arbeitgeber entgegengewirkt.

Das Steinmetzhandwerk bearbeitet Naturwerkstein, Betonwerkstein bzw. Kunststein mit Werkzeugen und Maschinen. Dies geschieht überwiegend im Bausektor (z.B. Treppenstufen, Fensterbänke, Mosaik) und im Landschaftsbau. Überschneidungen gibt es in speziellen Bereichen auch mit dem Fliesenlegerhandwerk. Zahlreiche Betriebe sind außerdem auf die Bearbeitung und Aufstellung von Grabmalen spezialisiert. Einen bedeutenden Einfluss auf die Geschäftsentwicklung haben die Preise für die jeweiligen Stein- und Plattensorten (Granit, Marmor, Sandstein etc.), die überwiegend importiert werden (u.a. Türkei, Italien, China). Nach deutlichen Preisrückgängen aufgrund der Erschließung von neuen Vorkommen aus dem Ausland steigt inzwischen der Preis für Natursteine wieder an. Zum Teil ist dies auch ein Reflex auf die steigende Nachfrage.

Von den zulassungsfreien Handwerken, die Leistungen für den privaten Bedarf anbieten, konnten Uhrmacher, Schuhmacher und Textilreiniger Umsatzsteigerungen erzielen, hingegen mussten Gold- und Silberschmiede, Maßschneider und Fotografen Einbußen hinnehmen. Von der Stärkung des privaten Konsums konnten somit nicht alle Handwerkszweige gleichermaßen profitieren.

Insgesamt hatten die Branchen der Handwerke für den privaten Bedarf jedoch einen zufriedenstellenden Geschäftsverlauf. Die auch in diesem Bereich spürbaren Auswirkungen der Krise 2008/2009 sind überwunden, eine Konsolidierung ist eingetreten.

Konjunktur und Handwerk

6. Ausblick

Der Wechsel der Auftriebskräfte der Konjunktur zur Inlandsnachfrage hat 2013 das Handwerk noch nicht in erwartetem Ausmaß begünstigt. Gleichwohl deuteten bereits in der zweiten Jahreshälfte Konjunkturumfragen eine deutliche Besserung der Wirtschaftslage im Handwerk an.

In dem vorliegenden Beitrag wurden die Ergebnisse der Handwerkszählung 2011 mit Hilfe der Indexpunkte der Handwerksberichterstattung – trotz der erwähnten ernstzunehmenden methodischen Einschränkungen – fortgeschrieben. Hierdurch ist es möglich, überschlägige Werte für die Zahl der tätigen Personen und die Höhe des Umsatzes anzugeben. Erst mit der nächsten Handwerkszählung (Unternehmensregisterauswertung) werden die endgültigen Daten für 2012 und später dann für 2013 vorliegen.

Welche aktuellen Entwicklungstrends zeichnen sich für das Handwerk im Jahre 2014/2015 ab? Die Gesamtwirtschaft in Deutschland hat sich im ersten Halbjahr 2014 spürbar belebt. Die Weltwirtschaft nahm ebenfalls Fahrt auf, und die europäischen Krisenländer stabilisieren sich weiter. Hierdurch wird auch der für die deutsche Wirtschaft bedeutsame Export wieder gestärkt. Außerdem ist eine Zunahme der Bruttoanlageinvestitionen festzustellen.

Der Aufschwung in Deutschland wird aber weiterhin wesentlich von der Binnen- nachfrage getragen. Die Umsätze im Verarbeitenden Gewerbe haben kräftig zugelegt, die Einzelhandelsumsätze expandieren, die Auftragseingänge im Verarbeitenden Gewerbe und im Baugewerbe deuten auf eine Fortsetzung des Aufschwungs hin. Der private Konsum wird weiterhin ein wichtiger Faktor für die Konjunktorentwicklung sein. Er dürfte allerdings nach einem kräftigen Start zu Jahresbeginn während des Sommerhalbjahrs nur noch leicht steigen (Döhrn et al. 2014a). Auf längere Sicht wird die Konsumnachfrage weiter zunehmen, „weil die verfügbaren Einkommen angesichts der günstigen Beschäftigungsentwicklung und der kräftigen Leistungsausweitungen in der gesetzlichen Rentenversicherung wohl beschleunigt wachsen werden“ (Döhrn et al 2014b). Der Arbeitsmarkt entwickelt sich erfreulich. Im ersten Quartal ging die Zahl der Arbeitslosen um 0,7% zurück, die Arbeitslosenquote verringerte sich um einen Prozentpunkt auf 7,2%. Zudem nahm die Zahl der Erwerbstätigen um gut 280.000 zu.

Dies sind günstige wirtschaftliche Rahmenbedingungen für das Handwerk. In der Tat sprechen die ersten Quartalergebnisse der Handwerksberichterstattung und die Umfragen der Kammern und des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks (ZDH) dafür, dass sich die Konjunktur im Handwerk in den letzten Monaten deutlich belebt hat. Laut Konjunkturumfragen sind die Unternehmen zuversichtlich ge-

stimmt. So ist der Geschäftsklimaindex des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks auf seinen höchsten Wert seit 2003 geklettert. Die Unternehmen berichten von gestiegenen Auftragseingängen und längeren Auftragsreichweiten. Das Baugewerbe, das 2013 noch nicht so sehr von der Belebung des Baumarktes profitieren konnte, meldet einen kräftigen Aufschwung, wobei ein Zuwachs in allen drei Sparten (Wohnungs-, Wirtschafts- und Öffentlicher Bau) festzustellen ist.

Unter Berücksichtigung der positiven Entwicklung der für das Handwerk wichtigen Konjunkturindikatoren ist zu erwarten, dass das Handwerk im Jahre 2014 seinen Umsatz um 2% bis 3% steigern kann. Die Beschäftigung im Handwerk dürfte unter diesen Rahmenbedingungen wieder ausgeweitet werden. Der Zuwachs könnte im Bereich zwischen 0,5 und 1% liegen.

Literatur

- Brachat, H. (Hrsg.), DAT Report 2013. Erschienen in Autohaus Extra 5/2013. Würzburg.
- Döhrn, R., Barabas, G., Fuest, A., Gebhardt, H., an de Meulen, P., Rujin, S., Schmidt, T. und L. Zwick (2014a), Aufschwung in Deutschland auf breiter Basis. *RWI Konjunkturbericht* 65 (2); 5-13.
- Döhrn, R., Barabas, G., Gebhardt, H., Micheli, M., Rujin, S. und L. Zwick (2014b), Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland: Aufschwung bleibt moderat. *RWI Konjunkturbericht* 65 (1): 37-94.
- Feuerhake, J. (2012), Handwerkszählung 2008, *Wirtschaft und Statistik* 2012 (1): 51-62.
- Kraftfahrtbundesamt (2014), Jahresbericht 2013, Flensburg (Internet: www.kba.de).
- Neuhäuser, J. (2008), Verwaltungsdaten ersetzen Konjunkturerhebungen im Handwerk. *Wirtschaft und Statistik* 2008 (5): 398-408.
- Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose (2014), Deutsche Konjunktur im Aufschwung – aber Gegenwind von der Wirtschaftspolitik. Gemeinschaftsdiagnose Frühjahr 2014. DIW: Berlin.
- Statistisches Bundesamt (2013), Handwerkszählung, Qualitätsbericht, DESTATIS: Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (2014), Unternehmen, tätige Personen und Umsatz im Handwerk – Jahresergebnisse Berichtsjahr 2011. Produzierendes Gewerbe Fachserie 4 Reihe, 7.2. DESTATIS: Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (v.J.), Beschäftigte und Umsatz im Handwerk - Messzahlen und Veränderungsraten. Produzierendes Gewerbe Fachserie 4 Reihe 7.1., DESTATIS: Wiesbaden.
- Thomä, J. (2011), Das Handwerk als Stabilisator der konjunkturellen Entwicklung? *Wirtschaftsdienst* 91 (2): 127-132.
- Welter, F. (2013), Der Mittelstand – Deutschlands Geheimwaffe. Frankfurter Allgemeine Nr. 248 vom 25.10.2013.

Konjunktur und Handwerk
